№ 129 Abend-Ausgabe
B 64

Berlin

Dienstag, 17. März 1925
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): i. V. Dr. A. Graf Montgelas. Berlin. Unverl. Manuskr. werd. nur zurückges., w. Porto beil.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Außenpolitik im Reichstag.

Donnerstag Erklärungen Stresemanns.

Am Donnerstag beginnt im Reichstag die außenpolitische Debatte. Man nimmt an, daß Minister Dr. Stresemann die Gelegenheit wahrnehmen wird, um über die Pläne der deutschen Regierung Mitteilungen zu machen, die bisher auf einen engeren Kreis beschränkt geblieben sind. Die ersten Berichte über die Mitteilungen, die Deutschland den Ententemächten in der Sicherheitsfrage gemacht hat, kamen auf dem Umwege über die ausländische Presse nach Deutschland, wo sie zunächst halb und halb dementiert, offenbar um die deutschnationale Regierungspartei erst langsam an den Gedanken zu gewöhnen, daß die von ihr maßgebend beeinflußte Regierung in Wahrung der nationalen Interessen bereit sei, alle Vorbehalte gegenüber den durch den Versailler Vertrag geschaffenen Grenzen im Westen aufzugeben und auch gegenüber den unnatürlichen Zustand im Osten, den Appell an die Gewalt unter allen Umständen auszuschließen. In der vorigen Woche hat dann Dr. Stresemann im Reichsrat und im auswärtigen Ausschuß des Reichstages nähere Mitteilungen gemacht, die dann am 13. März auch der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Der entscheidende Absatz dieser Aeußerungen besagte:

„Unsere Botschafter und Gesandten in Paris, London, Rom und Brüssel haben zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland bereit sei, einem Sicherheitspakt der am Rhein interessierten Mächte beizutreten, sei es, daß er sich auf Abmachungen über Vermeidung des Krieges bezöge, sei es, daß er die Garantierung des gegenwärtigen Besitzstandes am Rhein zum Gegenstand hätte. Dabei haben wir weiter betont, daß wir zur Bekundung des deutschen Friedenswillens auch bereit seien, mit allen Staaten Schiedsgerichtsverträge zu schließen, wie wir dies beispielsweise mit der Schweiz und mit Schweden bereits getan haben."

„Wir sind uns," so fuhr Dr. Stresemann fort, sehr wohl dessen bewußt, daß wir mit diesen deutschen Anregungen für das deutsche Gefühl bis an die Grenze des Möglichen gegangen sind. Die Garantierung der Sicherheit der deutschen Westgrenze bedeutet einen schmerzlichen Verzicht im Hinblick auf die Entwicklung der deutschen Geschichte und auf Erinnerungen, die uns ewig teuer sein werden. Aber es bedeutet nicht einen einseitigen Verzicht von unserer Seite. Es bedeutet auch den Verzicht derjenigen französischen Politiker und Militärs, die es nicht verschmerzen können, daß der Vertrag von Versailles die Rheinlande bei Deutschland gelassen hat, und die wiederholt ihr begehrliches Auge auf das linke Rheinufer geworfen haben. Wir wissen, daß die offizielle französische Politik diesen Männern fernsteht. Aber wir wissen, welche nicht auszudenkenden Folgen es für den europäischen Frieden, vielleicht für die ganze Kultur dieses Jahrhunderts haben würde, wenn frevelnde Hand es versuchte, deutsches Rheingebiet Frankreich einzuverleiben oder in anderer Form von Deutschland zu trennen. Erst wenn feststeht, daß die heutigen Grenzen am Rhein unter dem Schutze der Waffen aller interessierten Mächte gegenüber dem Friedensbrecher stehen, wird man von einem wirklichen Frieden sprechen können. Was man von deutscher Revanche, von geheimen Rüstungen, vom Ueberfall auf Frankreich gesagt hat, ist, das wissen wir, Lug und Trug. Das deutsche Volk, die deutsche Wirtschaft, aus tausend Wunden blutend, hat nur den einen Wunsch, endlich einmal für eine absehbare Zeit in Frieden, in Ordnung, in Freiheit und, so Gott will, in der daraus hervorsprießenden Wohlfahrt zu leben, sich entwickeln und unter Innehaltung gegebener Verpflichtungen wieder aufbauen zu können. In diesem Wunsch wissen wir uns einig mit allen Parteien und allen produktiven Kräften unseres Reiches. Es zum Ausdruck zu bringen, es durch internationale Vereinbarung zu verbrieten, war unsere Absicht, ist unser ehrlicher Wille."

Dr. Stresemann hat Wert auf den Nachweis gelegt, daß seine Politik dieselbe sei, wie diejenige des Kabinetts Cuno. Diese Aeußerung war natürlich nur für den inneren Gebrauch bestimmt. Nach außen wirkt sie sicher nicht gerade empfehlend. Und es ist auch zweifelhaft, ob die deutschnationalen Kreise, die bisher ihre Agitation mit dem Appell an das „Gefühl" betrieben haben, durch den Hinweis auf die aktenmäßigen „Vorgänge" beschwichtigt werden. Tatsächlich spricht die deutschnationale Presse, soweit sie sich nicht aus taktischen Gründen zurückhält, von einer „entscheidenden Wendung" in der deutschen Außenpolitik, einer Wendung, die jedenfalls in ganz anderer Richtung sich vollzieht, als die Deutschnationalen ihren Anhängern im Lande verheißen hatten. In Wirklichkeit liegt nur die konsequente Weiterentwickelung der Richtlinien einer nationalen Realpolitik vor, die Rathenau als Erster klar erkannt und verfolgt hat.

Im Rahmen dieser Entwicklung liegt auch der Eintritt in den Völkerbund, der die Voraussetzung für einen Erfolg der deutschen Sicherheitsvorschläge bildet. Dr. Stresemann hat auf die günstige Aufnahme dieser Vorschläge hingewiesen. Wenn diese günstige Stimmung ausgenützt werden soll, ist keine Zeit zu verlieren. Wenn auch die formelle Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erst bei der Herbst-Tagung erfolgen kann, so hängt doch von der Art, wie Deutschland die in so dringlicher Form erfolgte Einladung beantwortet, außerordentlich viel für das Tempo und den Geist der weiteren Verhandlungen ab, deren nächstes Ziel die endliche Befreiung des nördlichen Rheinlandes bildet.

Panamerika.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wsch **New York**, im März.

Der amerikanische Staatssekretär des Aeußern Hughes hat sein Amt am 4. März nicht aufgegeben, ohne vorher noch ein für die Geschichte Amerikas entscheidendes Werk gekrönt zu haben.

Man erinnert sich vielleicht, daß die Staaten des ganzen Kontinents Amerika schon vor langer Zeit die sogenannte Panamerikanische Union gegründet haben, eine mehr oder minder verpflichtende Staatengemeinschaft, die allährlich Zusammenkünfte abhält und die geführt wird von einem Verwaltungsrat. Dieser Verwaltungsrat besteht aber — und hier ist die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in der Vereinigung verankert — aus den in Washington akkreditierten Gesandten aller amerikanischen Staaten, und hat zum Vorsitzenden den jeweiligen Außensekretär der Vereinigten Staaten. Diesem Gremium hat nun Hughes kurz vor seinem Rücktritt einunddreißig Gesetzentwürfe vorgelegt, die die Beziehungen der amerikanischen Staaten zueinander regeln. Hughes selbst bezeichnete diese Gesetze als die Grundlage eines internationalen amerikanischen Rechts und drückte die Hoffnung aus, daß die Regierungen der einzelnen Staaten nach genauer Prüfung der Materie sich zur Befürwortung entschließen würden, und daß dann durch die Parlamente die Gesetzentwürfe recht schnell bindendes Recht zwischen den Völkern werden könnten. Bezeichnend für den Geist, in dem die Panamerikanische Union aufgezogen ist, dürfte die Tatsache sein, daß die einunddreißig Gesetzentwürfe nur Friedensbeziehungen regeln wollen; es ist von den einzelnen Staaten ausdrücklich abgelehnt worden, einen Kriegsfall zwischen amerikanischen Staaten ins Auge zu fassen. Die Gesetze befassen sich mit den Rechten und Pflichten der einzelnen Staaten zueinander und sehen bindende Vorschriften zur friedlichen Regelung von Streitigkeiten vor. Die amerikanischen Staaten unterseinander sind also schon einen Schritt weiter als die europäischen. Sie haben gewissermaßen ihren eigenen Völkerbund. Nur bestehen in diesem Bund nicht die großen Gegensätze, die das Arbeiten der Genfer Institution so erschweren. Es ist als sehr wahrscheinlich anzunehmen, daß die von Hughes vorgelegten Gesetzentwürfe in Jahresfrist von allen Staaten angenommen sind und dann gemeinsames amerikanisches Recht darstellen werden.

Der kostspielige Briefkastenstreit.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

st **London**, 17. März.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" berichtet, daß die Polnisch-Danziger Streitfrage wegen der Briefkästen auf britische Anregung an den Haager Schiedsgerichtshof verwiesen wurde, und zwar deshalb, weil die Sondereinberufung dieses Schiedsgerichtshofes den Parteien so ungeheure Kosten verursache, daß der Völkerbund hofft, die Streitlust künftig dadurch etwas zu dämpfen.

Ismed-Pascha optimistisch.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

j **Konstantinopel**, 16. März.

In einer vertraulichen Sitzung der Regierungspartei erklärte der türkische Ministerpräsident Ismed-Pascha, daß die Kraft des Aufstandes in Kurdistan nunmehr gebrochen sei. Die völlige Vernichtung der Aufständischen werde aber noch einige Zeit erfordern, was hauptsächlich durch die militär-geographische Lage bedingt sei.

Hellpach, der Kulturpolitiker

Von

Professor Dr. Paul Hildebrandt.

Was macht den bedeutenden Mann aus? Daß er in den Strömungen des Alltags das wirklich Wertvolle, Bleibende erkennt. Das ganze Führerproblem liegt hier. Wenn der Führer nicht vor sich die „Wesensgestalt" der Dinge erblickt, vermag er nicht, sie in die Wirklichkeit zu überführen, vermag er auch nicht, andere für sie zu begeistern.

Geistige Beherrschung unserer Kultur zeigt das hinreißend geschriebene neue Buch Hellpachs: „Die Wesensgestalt der deutschen Schule" (Verlag Quelle u. Meyer, Leipzig). Es tut wohl, wenn man einmal als „Fachmann" die Fragen, mit denen man täglich zu tun hat, in die ganz großen Kulturzusammenhänge hineingestellt sieht, wenn sie sich scheinbar mühelos in eine festgefügte Gedankenwelt einordnen, die man nicht als abstrakte Konstruktion, sondern als ein Abbild der treibenden Kräfte unseres Geisteslebens empfindet.

Hellpach sieht zwischen den zwei Polen der Humanität und der Nationalität unsere Kultur sich ihre Ziele suchen, und er verlangt deshalb von der Volksschule, als der Schule für alle, daß sie gleichermeise Menschentum, Christentum und Volkstum pflegt. Das kann sie aber nur, wenn sie diese drei Stufen als uns einander hervorgehend auffaßt und sich bewußt bleibt, daß ihre Hauptaufgabe in der Durchdringung der in unserer Zeit hervorragend als Körperbetätigung bedachten Kinder mit sittlichen Werten und Zielen besteht.

Von diesem Standpunkt aus tritt Hellpach entschieden für die vierjährige Grundschule ein; wenn sie in dieser Zeit imstande ist, wirklich selbsttätige, lebensvolle Kinder heranzubilden, dann darf ruhig in diesen Jahren die Gesamtpersönlichkeit auf Kosten des Intellekts in den Vordergrund gestellt werden. Von diesem selben Standpunkt aus aber fordert er auch in den Fortbildungsschulen, die er als eine Notwendigkeit bezeichnet, stärkste Betonung von Religion, Deutsch und Staatskunde.

Im Gegensatz zu diesen „praktischen" Schulen verlangt Hellpach von den höheren Lehranstalten unerbittlich, daß sie die geistige Elite — und nur diese — heranbilden. Nicht, als ob er von vornherein für die höhere Schule alle „Unentschiedenen" ablehnte — im Gegenteil: er empfiehlt äußerste Vorsicht im zehnten und mindestens noch eine gewisse Milde im vierzehnten Lebensjahr; die Oberstufe aber sollten lediglich die wirklich „Geistigen" besuchen, allerdings auch die Führernaturen, die später im wirtschaftlichen Leben eine Rolle spielen werden. Denn mit Recht weist Hellpach auf die Gefahr hin, die darin besteht, daß eben jene kommerzielle Schicht an der Spitze nur „wirkungsstarke", nicht aber „wertbewußte" Naturen hat. Sieht er doch gerade (in dem Kapitel über die Hochschulen) die wichtigste Aufgabe unserer Zeit in der Zusammenschweißung der führenden „geistigen" und „praktischen" Schichten, die er auf dem Wege des Anschlusses der Technischen und Handelshochschulen an die Universitäten erreichen will.

Mit diesem Gedanken steht nun auch Hellpachs Vorliebe für das Realgymnasium im Zusammenhang. Auch Friedrich Paulsen verteidigte diese Form der höheren Lehranstalten, die anderen Schulpolitikern — wie gerade den Führern des preußischen Kultusministeriums — wegen ihrer doppelten Orientierung nach der sprachlich-historischen und naturwissenschaftlichen Seite hin, starkes Mißbehagen einflößte; Paulsen hat das Realgymnasium geradezu gerettet — Hellpach sieht in seiner „Zwiegespaltenheit" ein Bild unserer Kultur, die sich noch nicht zur Synthese zusammengeschlossen hat. Er berechnet den Kampf der Erziehungs- und damit der Kulturziele auf lange Dauer; so muß er notgedrungen den Weg, den Preußen mit seinen „reinen Typen" eingeschlagen hat, als einen Irrweg für die Gegenwart bezeichnen. Er sieht eben die Strömungen unseres geistigen Lebens, und er bejaht sie, indem er sie in die Schule hineinprojiziert.

Mit herzerfreuender Deutlichkeit weist er dem Realgymnasium seine Ziele: die Verbindung nach rückwärts durch Wahrung des Zusammenhangs mit früherer Kultur, Pflege des mittelalterlichen „lebendigen" Lateins, in die Gegenwart durch Erlernung des größten Sprachkunstwerks, des Französischen, und Aneignung der Sprache des politisch schlechthin vorbildlichen Volkes, des Englischen — dagwischen die „kulturkundlichen" Fächer mit starker Betonung des Deutschen —, in die Zukunft Physik als Hauptfach der Naturwissenschaften, daneben Mathematik als formales Instrument naturwissenschaftlicher Welterkenntnis, auf der Oberstufe Biologie.

Hellpachs Buch enthält an Einzelfragen — auch an solchen, deren Beantwortung zum Widerspruch herausfordert — noch eine ganze Reihe; sie aufzuzählen, wäre überflüssig, weil es sich hier nur darum handelt, den großen Zug zu zeigen, der durch die kulturpolitischen Auffassungen des badischen Staatspräsidenten hindurchgeht. Hellpach begreift unsere Zeit als Uebergang genau wie Boelsk. Aber während dieser entgegen seiner Erklärung, daß die Schule der Kulturentwicklung nicht vorgreifen dürfe, sie in Formen hineinzwang, durch die sie in Konflikte mit sämtlichen Richtungen unseres Gesamtlebens hineingetrieben werden mußte und hineingetrieben wurde, ist Hellpach Kulturpolitiker und bejaht daher die vorhandenen Misch- und Uebergangsformen.

0176

Und so ist es denn auch kein Wunder, wenn er unter Hinweis darauf, daß Frankreich etwa hundert Jahre brauchte, um seine republikanische Staatsform zu konsolidieren, dringend davon abmahnt, etwa die „neue Staatsgesinnung" durch irgendwelche behördlichen Maßnahmen beschleunigen zu wollen. Zu diesen rechnet er auch jene aufdringliche Betonung der Republik in der Schule, durch deren Parallelerscheinung im alten Reich die Monarchie jeden Kredit verloren hat. Das Beste, was die Schule für den Staat tun kann, ist, jene wahre Staatsgesinnung zu erziehen, die nur Männer des freigebildeten Vertrauens an die Spitze des Gemeinwesens stellt. Als Hellpach solche Worte schrieb, hat er an seine Kandidatur noch nicht denken können. Gerade sein Buch aber beweist, daß er zu den „Führern" gehört, denen sich das deutsche Volk anvertrauen kann.

Robert Schmidts Aussage.

Diesmal im Preußenausschuß.

Im Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages über die Barmataffäre wurde heute der frühere Reichsernährungs- und Reichswirtschaftsminister, der sozialdemokratische Abgeordnete Robert Schmidt vernommen, der sich sehr temperamentvoll gegen die Angriffe wehrte, die im Untersuchungsausschuß der Direktor der Reichsfettstelle Schwon erhoben hat und die dann in der deutschnationalen Presse in ganz unerhörter Weise gegen ihn ausgeschlachtet worden sind.

Der Vorsitzende bittet ihn, sich über Barmats Ruf und darüber zu äußern, ob eine Bevorzugung durch sozialdemokratische Funktionäre oder politische Persönlichkeiten in beamteter oder nichtbeamteter Stellung stattgefunden habe, insbesondere ob er persönlich Barmat aus Parteifreundschaft bevorzugt habe. Der frühere Minister Schmidt gibt zunächst ein sehr anschauliches Bild über die damaligen Verhältnisse. Er beginnt mit dem Jahre 1918, da er, noch während des Krieges, von der alten Regierung in das Reichsernährungsministerium berufen worden war, schildert die schwierige Ernährungslage in Deutschland, das Schmuggler- und Schieberwesen an der holländischen und dänischen Grenze — an schlimmsten war es an der holländischen Grenze —, macht Mitteilungen über die Maßnahmen, die von der holländischen und dänischen Regierung dagegen ergriffen worden sind, betont, daß wohl schon im Jahre 1918 Barmat bei Geschäften unter der alten Regierung beteiligt war, und daß er damals auf die englische schwarze Liste gesetzt worden sei.

In Deutschlands Interesse habe es damals gelegen, gerade mit diesen Leuten, die von der Entente angefeindet wurden, in Verbindung zu treten. Damals von England auf die schwarze Liste gesetzt werden, bedeutete einen Ehrentitel gegenüber Deutschland.

Es sei möglich, daß Barmat damals auch illegale Geschäfte gemacht habe. In Deutschland habe man dazu nicht nur ein Auge, sondern beide Augen zudrücken müssen, denn jeder Zentner Lebensmittel, der auch auf illegale Weise hereinkam, mußte willkommen geheißen werden. Die deutsche Rechtspresse macht jetzt aus der schwarzen englischen Liste fette große Ueberschriften. Sie spekuliert dabei auf die Unkenntnis ihrer Leser, die die wahre Sachlage, wie sie damals bestand, heute nicht mehr im Gedächtnis haben, und will ihnen suggerieren, daß Barmat schon damals von den Engländern als nicht einwandfreie Persönlichkeit betrachtet worden sei. Damals habe er jedenfalls keinen schlechten Eindruck von ihm gehabt.

Der Minister schildert den bürokratischen Geschäftsgang in den Reichsstellen und die Differenzen und Beschwerden die von seiten des Handels gegen diese Reichsfettstellen laut geworden sind, die schließlich zu der Einsetzung eines Diktatorischen Ausschusses geführt haben, der über die Reichsstellen hinweg, auch über die Minister hinweg, in unbürokratischer Weise die im Interesse der Ernährung des Reiches notwendigen Geschäfte möglichst schnell und richtig tätigen sollte. Die Uebelstände damals mußte man in Kauf nehmen, denn die Not in Deutschland war groß, namentlich die Kreditnot. Niemand wollte Kredit geben. Er habe sich an sämtliche D-Banken gewandt, die jeden Kredit abgelehnt hätten.

Was nun Barmat anlangt, so habe er ihn nach seiner Meinung nur zweimal gesehen, nach der Meinung seines Referenten Staudinger dreimal. Er erkläre ab er ausdrücklich, und nehme das gern auf seinen Eid, er habe außerhalb dieser zwei oder drei Begegnungen in seinem Ministerialbüroräumen Barmat niemals sonstwo gesehen, weder in einem Restaurant, noch in einem Hotel oder einer Privatwohnung. Er habe nur diese dreimal mit ihm in seinem Bürozimmer gesprochen.

Barmat habe sich bei ihm melden lassen, weniger um den Abschluß von Geschäften zu erzählen, als um sich darüber zu beschweren, daß er als Sozialdemokrat von den alten Beamten zurückgesetzt werde, und er habe die Empfindung gehabt, als hätte Barmat mit dieser Beschwerde nicht ganz unrecht gehabt.

Schmidt habe immer wieder betont, Barmat solle wie andere behandelt werden, solle nicht bevorzugt, und nicht benachteiligt werden. Er solle wie jeder andere seine Offerten vorbringen können. Den schlechten anonymen Beurteilungen fänden günstige Beurteilungen Barmats aus den Jahren 1919 und 1920 durch die Direktion der Diskontogesellschaft, durch die Filiale Amsterdam der Bank für Handel und Industrie und das Bankhaus Mendelsohn gegenüber.

Auch bis heute habe er noch nichts positiv Schlechtes aus der damaligen Zeit über ihn in Erfahrung gebracht. Abgeordneter Schmidt übt dann herbe Kritik an dem Verhalten der deutschen Gesandtschaft im Haag, nicht an dem Gesandten Rosen persönlich, aber an den ihm unterstellten Beamten. Diese hätten sich auch um den Streit der Hafenarbeiter in Rotterdam, wo für ungefähr eine Milliarde deutsche Lebensmittel in Gefahr kamen, nicht gekümmert, während Barmat seine Hilfe angeboten habe und, wie eine von ihm nach Rotterdam gesandte Kommission berichtet habe, ihm dort wirksam unterstützt habe. Mitglied dieser Kommission sei auch der jetzige kommunistische Abgeordnete Koenen gewesen.

Eingehende Mitteilungen machte der frühere Minister Schmidt über einen vom Reichstag eingesetzten Revisionsausschuß über die Kriegsgesellschaften, in dem viele Ministerialbeamte und Abgeordnete aller Parteien tätig waren. Er habe die Protokolle dieses Ausschusses durchgesehen. Der Name Barmat sei darin nicht zu finden. Aber eine Menge anderer Skandalgeschichten sind von dem Ausschuß geprüft worden und zum größten Teil als hinfällig erkannt worden. Immerhin, für dicke fette Ueberschriften in der Rechtspresse hätten die Untersuchungen nach dem jetzt gelehrten Muster viel Material geliefert. (Große Heiterkeit.) Der Zeuge erwähnt da zwei Fälle, wo in dem einen Fall das Reich 10 Millionen, in dem anderen 100 Millionen Schaden gehabt habe. Die Fälle haben sich aber bereits unter dem Nachfolger Schmidts abgespielt.

Der Zeuge wiederholt noch einmal seine Erklärung, daß er Barmat nur in seinem Ministerialbüro gesprochen habe, daß alle Meldungen der Rechtspresse über Zusammenkünfte im Hotel Bristol, über Teilnahme an Frühstücken und sonstigen opulenten Mahlen unwahr seien. Er habe von Barmat niemals ein Geschenk oder ein Darlehn erhalten.

Die Form der Wahlvorschläge.

Ausführungsbestimmungen zum Präsidenten-Wahlgesetz.

Das vom Reichstag angenommene Initiativgesetz über die Aenderung des Präsidentenwahlgesetzes, das die Einführung des amtlichen Stimmzettels brachte und im Zusammenhang damit Wahlvorschläge einführte, machte noch Ausführungsbestimmungen erforderlich, die heute vom Reichsminister des Innern mit Zustimmung des Reichstages in der zweiten Aenderungsverordnung zur Reichsstimmordnung erlassen worden sind.

Die Verordnung ist in einer heute erscheinenden Sondernummer des „Reichsgesetzblattes" verkündet. Sie bringt nähere Bestimmungen über den Inhalt der Wahlvorschläge und ihre Zulassung. In jedem Wahlvorschlage soll der Anwärter mit Vor- und Zunamen angeführt und Stand oder Beruf, Wohnort und Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über seine Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Der Wahlvorschlag muß einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter bezeichnen, die bevollmächtigt sind, dem Reichswahlleiter Erklärungen abzugeben. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter.

Die sonstigen Bestimmungen der Reichsstimmordnung über die Durchführung der Präsidentenwahl wurden der neuen Gesetzesänderung angepaßt. Die bisherige Vorschrift, daß, wenn für den ersten Wahlgang ein Stimmschein ausgestellt wird, gleichzeitig ein solcher für den zweiten ausgehändigt wird, wurde gestrichen, für die Ausstellung von Stimmscheinen wird künftig jeder Wahlgang gesondert behandelt.

Hellpach in Köln.

Am Mittwoch, dem 18. März, abends 8 Uhr, spricht der Kandidat für die Reichspräsidentenwahl, der badische Staatspräsident Prof. Dr. Hellpach, in der großen Messehalle in Köln-Deutz. Bei der Kürze der Zeit kann Prof. Hellpach nur in einer Stadt der deutschen Landesteile sprechen. Die Rheinländer werden die Opfer einer Reise nach Köln nicht scheuen, um einen der glänzendsten Redner, einen der bedeutendsten Repräsentanten deutscher Kultur, zu hören.

*

Der Landesverband Brandenburg der Deutschen Demokratischen Partei hielt am vergangenen Sonntag im Reichstag seinen Parteitag. Der Besuch war außerordentlich stark. Aus den beiden zum Landesverband gehörenden Wahlkreisen Potsdam I und Frankfurt a. O.-Grenzmark waren Delegierte von annähernd 100 Ortsgruppen erschienen, außerdem zahlreiche Mitglieder als Gäste. Zum ersten Vorsitzenden wurde einstimmig Landtagsabgeordneter Direktor Emil Wiglow wiedergewählt, ebenso Studienrat Dr. Satz-Frankfurt a. O. zum zweiten Vorsitzenden. Die drei Abgeordneten der beiden Wahlkreise, Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Dersträßer und die Landtagsabgeordneten Wiglow und Riedel, hielten Vorträge über die politische Lage und die Reichspräsidentenwahl, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Die Kandidatur des Staatspräsidenten Hellpach wurde mit stürmischer Begeisterung begrüßt. Beschlossen wurde, mit aller Kraft für diese Kandidatur zu arbeiten. In allen Ortsgruppen herrscht reges Leben.

Abg. Koch und die Konfession.

Reichsminister a. D. Koch hat an die „Nationalliberale Korrespondenz" folgende Zuschrift gerichtet:

„In Ihrer Nr. 46 berichten Sie unter Berufung auf den „Montag Morgen", ich hätte dem „Tagebuch" über die Frage der Präsidentenwahl drei Fragen bejahend beantwortet, wovon die zweite laute, ob der Kandidat ein Katholik sein solle, und knüpfen daran in weiterer Ausführung die Frage, ob ich auf dem Standpunkt stehe, daß ein evangelischer Mann zur Ausführung dieses Amtes ungeeignet sei.

Ich bitte berichtigen zu dürfen, daß die zweite an mich gerichtete Frage folgenden Wortlaut hatte:

„Halten Sie es für wünschenswert, daß von vornherein ein Kandidat ausgestellt wird, der nicht bloß die Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten, sondern auch die Stimmen der republikanisch gesinnten Katholiken auf sich vereinigt?"

Damit dürften Ihre weiteren Folgerungen entfallen. Was die von Ihnen an mich gerichtete Frage, ob ich einen evangelischen Mann als Reichspräsidenten für ungeeignet halte, angeht, so verneine ich diese Frage und empfehle Ihnen vielmehr die Wahl des evangelischen badischen Staatspräsidenten Hellpach."

Hannover gegen Jarres.

Das Direktorium der Deutsch-Hannoverschen Partei hat ihren Parteimitgliedern die „Wahl am 29. März nach eigenem Gewissen" überlassen, da „die aufgestellten Kandidaten es der Partei unmöglich machen, einen von ihnen zur Wahl zu empfehlen". Das Organ der Partei, die „Hannover-Landeszeitung", wendet sich besonders gegen Jarres, der das Rheinland „verfacken" lassen wollte, und gegen den „Großpreußen" Braun.

Die Jarresparteien gegen Marx

Von einer parlamentarischen Nachrichtenstelle wird noch mitgeteilt: Die mit den Verhandlungen zur Regierungsbildung betrauten Fraktionsvertreter der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Nationalsozialistischen Freiheitspartei haben heute Mittag den gleichlautenden Beschluß gefaßt, der im Sinne der bereits von den Deutschnationalen eingenommenen Haltung eine Kabinettsbildung durch Marx abgelehnt, da dieser Kandidat für die Reichspräsidentschaft sei. Dieser Beschluß ist dem Ministerpräsidenten Marx mit dem Hinzufügen mitgeteilt worden, daß auch die genannten Fraktionen selbst zweifellos die Haltung ihrer Vertreter vollinhaltlich billigen würden.

*

Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß die Kandidatur des Landeshauptmanns Horion für die Ministerpräsidentschaft erneut erwogen werde.

Der Prozeß der Zwischenfälle.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

dr **Leipzig**, 17. März.

Der 25. Verhandlungstag des Leipziger Kommunistenprozesses brachte die Aussage des Stuttgarter Landgerichtsrats Bühner, der als Untersuchungsrichter die Vernehmung der verhafteten Kommunisten geleitet hatte. Der Zeuge bestreitet, sich bei den Vernehmungen roher Methoden und unzulässiger Druckmittel bedient zu haben. Er gibt aber zu, dem Angeklagten Margies, der eine trotzige und gewalttätige Natur und nach den Erfahrungen bei seinen früheren Strafverbüßungen unzweifelhaft fluchtverdächtig gewesen sei, gewisse Vergünstigungen entzogen oder verweigert zu haben.

Zu der Beschwerde des Angeklagten Poege, daß der Untersuchungsrichter ihm die erbetene Raucherlaubnis mit der Begründung, ein Mörder habe auf eine solche Vergünstigung keinen Anspruch, zunächst verweigert habe, bemerkt der Präsident, zu Poege gewandt: „Da Sie eingestanden hatten, bei der Ermordung des Rausch mitgewirkt zu haben, war der Untersuchungsrichter im Recht, wenn er Sie einen Mörder nannte." Poege: „Solange ich nicht verurteilt bin, hat kein Mensch das Recht, mich als Mörder zu bezeichnen."

Rechtsanwalt Dr. Wolf verlangt die Protokollierung der Behauptung des Zeugen Landgerichtsrat Bühner, er habe erst heute davon Kenntnis erhalten, daß es den Verhafteten im Polizeigefängnis an Bewegungsmöglichkeit gefehlt habe. Tatsächlich aber habe Bühner damals einen Brief in Händen gehabt, der eine entsprechende Beschwerde des Margies enthalte. Unter den gegebenen Umständen zielt die Forderung des Verteidigers offen darauf ab, dem Zeugen einen Meineid nachzuweisen. Der Vorsitzende lehnt die Protollierung ab, weil von einem Widerspruch, wie ihn Dr. Wolf darstelle, gar keine Rede sein könne.

Da erhebt sich der Angeklagte Hallupp und schreit mit der Faust auf die Barriere schlagend: „Doch der Staatsgerichtshof! Himmeldonnerwetter nochmal . . .!"

Vorsitzender: „Ich werde Sie gleich abführen lassen!"

Hallupp: „Sie können mich gleich verurteilen oder meinetwegen auch abführen lassen, dann sitze ich wenigstens ruhiger als hier . . .!"

Der Angeklagte wird von zwei Schupobeamten abgeführt. Er soll für die Dauer der Vernehmung des Zeugen Bühner der Sitzung ferngehalten werden.

Zeugen, die nichts wissen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Magdeburg**, 17. März.

Der Verhandlungsbeginn verzögerte sich um eine halbe Stunde. Der Angeklagte Rothardt, der heute seinen Geburtstag feiert, benutzte diese Pause, um die Glückwünsche seiner zahlreichen Freunde und Bekannten entgegenzunehmen. Eine unbekannte Dame schickte dem Geburtstagskind einen riesigen Blumenstrauß in den Saal.

Als erster Zeuge wurde Freiherr v. Forstner, Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei in Darmstadt, vernommen. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß er Rothardt persönlich nicht kenne, aber mit ihm während des ersten Prozesses in Briefwechsel gestanden habe. Der Zeuge schildert dann seine Eindrücke, die er von dem Streik der Rüstungs- und Werftarbeiter in Kiel im Jahre 1918 erhalten habe, als er mit dem zweiten Aufklärungsgeschwader dort eingelaufen sei. Der Ausstand habe seiner Ansicht nach die Rüstungen der Flotte stark verzögert, vor allem aber seien in den Streiktagen und später zahlreiche Minensuchboote gesunken, weil eben die Flotte lahmgelegt gewesen sei.

Vorsitzender: Diese Minensuchboote hätten aber auch ohne den Streik durch die englischen Minen sinken können.

Zeuge: Möglich, aber ich bezweifle, daß unter anderen Umständen die Verluste so hoch gewesen wären. „Rund gerechnet" hat der Streik die Unterseebootkriegführung um zwei Monate zurückgeworfen. Ich sprach auch mit den Arbeitern, wer den Streik inszeniert habe. Der Name des Reichspräsidenten fiel nicht, aber man sagte, die Parteileitung habe den Ausstand angeordnet.

Vorsitzender: Welche Parteileitung, die der S. P. D. oder die der U. S. P. D.?

Zeuge: Das wurde nicht gesagt.

Generalstaatsanwalt: Ist es richtig, daß gegen Sie beim Staatsgerichtshof ein Verfahren wegen Beleidigung des Herrn Reichspräsidenten schwebt?

Zeuge: Jawohl, wegen eines Artikels, den ich nach dem ersten Magdeburger Prozeß geschrieben habe.

Nächster Zeuge ist der Fährige ehemalige Werftoberinspektor Richnow aus Kiel. Er war zur Zeit des Januarstreiks auf der damaligen kaiserlichen Werft in Kiel im Fahrzeugbetriebsbüro tätig und hatte die Versorgung der Schiffe mit Betriebsstoffen, Kohle usw., zu erledigen.

Vorsitzender: Sie haben in erster Instanz ausgesagt, daß Sie bei der Streikbewegung den Namen Ebert gehört hätten.

Zeuge Richnow: Das kann sein. Ob ich den Namen aber tatsächlich gehört habe, daran erinnere ich mich nicht mehr.

Friedensliebe und Kriegsrufe

Polen will Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich, will eher Krieg als Verständigung mit Deutschland.

Von

Wilm Stein.

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

Warschau, Mitte März.

„Polen will Frieden", erklärte der Ministerpräsident Grabski in der Debatte über das deutsche Garantiepaktprojekt; „Polen will aktiv an der Erhaltung und Dauerhaftigkeit des europäischen Friedens mitarbeiten", hat der Außenminister Skrzynski zu ungezählten Malen erklärt. Im akuten Falle des deutschen Garantievorschlages fügten beide hinzu, Bedingung des Friedens sei freilich die Erhaltung der Versailler Bestimmungen bis in alle, auch die lebenswidrigsten Einzelheiten hinein.

Alles, was in Polen eine Schreibefeder halten kann, hat beschlossen, sich in der kritischen Frage der Garantien und Sicherungen hinter die Regierung zu stellen; es hat infolgedessen eine Propagandakanonade gegen den deutschen Störenfried begonnen, daß die biedere zeitunglesende Masse in Polen fest überzeugt war, Deutschland habe Polen den Krieg erklärt, und morgen oder übermorgen würden die Kanonen donnern.

Die „öffentliche Meinung" Polens, die in der jetzigen Garantiediskussion aufloderte, hat den Außenminister schlecht unterstützt, statt sänftiglich mit etwas besorgter Miene auf mögliche Gefährdung des erstrebten Friedens hinzudeuten, falls der Völkerbund an eine Korrektur polnischer Grenzen einmal denken sollte (wie der Aktion doch wahrscheinlich erwünscht gewesen wäre), schien sie das Verfahren des bekannten Tieres im Porzellanladen anzuwenden, stieß Schlachtrufe aus und wetterte nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen England („perfides England" war noch ein milder Ausdruck), was Zeug und Leder hielt.

Wär's nur eine ungeschickte und entgleiste Propagandaaktion, so könnte man die Sache ad acta legen; wir müssen aber den polnischen Politikern ehrlich gestehen, daß wir sie für geschickter halten und sie ernst nehmen. Sie sind nicht entgleist — sondern sie konnten nicht anders; in wichtigen Momenten zeigt sich halt, daß ihre Wege andere sind als Skrzynskis Wege!

Die unbestreitbare Tatsache, daß sie das Genfer Protokoll für eine Utopie und Narretei halten und Polens Sicherheit allein in Rüstungen, Armee und Militärbündnissen sehen — kann die gegenwärtige schäumende Empörung gegen England und Deutschland wegen der einzelnen Garantieprojekte nicht zureichend erklären. Von dieser Tatsache aus wäre eigentlich nur eine ruhige, ablehnende Deklaration bis zur Klärung der noch ganz ungewissen Projekte und Entwürfe motiviert gewesen. Daß man aber schon auf die bloße Andeutung der Möglichkeit hin, daß sich irgendwelche Völkerbunds- oder Schiedsinstanz einmal die Zweckmäßigkeit einzelner polnischer Grenzen ansehen könnte, so ganz und gar aus dem Häuschen geriet — hat andere und tiefere Gründe.

Zunächst einmal drückt sich in den flammenden Protesten gegen ein friedliches Verhandeln über den Korridor, in der Erklärung, daß schon dieser Vorschlag eigentlich den Krieg bedeute, das Zugeständnis aus, daß gewisse Grenzen so unnatürlich sind, daß jedwedes Schiedsgericht sie nur zuungunsten Polens regeln könnte. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß man in diesem Zusammenhange wieder einmal das ganze Ostpreußen für Polen fordert — so herum doch wohl auch ein Beweis, daß man die Korridorlösung nicht für ideal und den Versailler Vertrag für verbesserungsfähig hält.

Wichtiger aber als die Einstellung zu den vagen Schiedsspruchmöglichkeiten ist die grundsätzliche Stellung der nationaldemokratischen Politiker zum Garantieproblem. Mit zwei Worten gesagt: ihre Stellung ist gegeben durch das Interesse, jegliche deutsch-französische Entspannung zu hindern und an ihrem Gegenteile nach Kräften zu wirken! Die Nationaldemokratie — deren außenpolitische Ideen heute von der überwiegenden Mehrheit der Parteien geteilt werden — ist die Partei, die die französische Armee (neben der eigenen) für die beste Existenzsicherung Polens hält; sie ist sich klar darüber, daß das Interesse Frankreichs an Polen nur so lange unbegrenzt ist, wie Frankreich gegen die deutsche Revanche den Weichselverbündeten braucht. Nähme irgendein wirklicher Garantiepakt am Rhein das Gespenst der deutschen Rüstungen auf einmal oder allmählich von Frankreich, entwickelte sich aus der Entspannung eine Annäherung zwischen Franzosen und Deutschen — so wäre die nationaldemokratische Einstellung (Front gegen Deutschland — Ausgleich mit Rußland) ihres stärksten Rückhaltes beraubt. Polen wäre dann in der Lage, die man bei seinem Entstehen als größte Gefahr gesehen hat: isoliert zwischen Deutschland und Rußland; denn der „Ausgleich" mit dem sowjetistischen Rußland ist natürlich nicht gemeint, sondern der mit dem „späteren Rußland" — vorausgesetzt, daß dieses so deutschfeindlich sein wird, wie man es in Polen hofft.

Die einzige logische Lösung der Isolierungsgefahr, die durch die Garantiepaktdebatte sich am Horizont zeigt und die polnische Nervosität hervorruft: das Suchen eines Ausgleichs mit Deutschland — ist für Polen unvollziehbar; wer sie propagieren wollte, würde gesteinigt werden. Darüber darf man sich nicht täuschen: die Nationaldemokratie hat jahrelang mühselig gearbeitet, um den beherrschenden Einfluß zu bekommen — und für ihren Aufstieg wie für die Erhaltung ihrer Macht ist die Deutschfeindlichkeit das zugkräftigste Argument in den Wählermassen.

Mit Rücksicht darauf muß sie allen etwa wirklich einmal kommenden deutschen Verständigungsvorschlägen von vornherein den Kriegsruf entgegenstellen.

„Polen will Frieden in Europa", sagt die Regierung; „Polen will Feindschaft zwischen Deutschen und Franzosen, will eher Krieg als Verständigung mit Deutschland", sagt die Nationaldemokratie. Und sie dürfte dauerhafter sein als das derzeitige Kabinett.

Moskau für deutsche Protestpolitik.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

b **Moskau,** 17. März.

Radek bespricht in der „Iswestija" den Sicherheitspakt und betont die Unmöglichkeit,auf der Versailler Grundlage einen festen Frieden aufzubauen. Das starke, außerhalb Europas engagierte England suche, so meint Radek, durch Unterstützung des Garantiepaktes einen Waffenstillstand zu erreichen, Frankreich zu beruhigen und in dem gestärkten Deutschland eine Stütze zu gewinnen. Jede Festlegung der Grenzen europäischer Länder berühre jedoch auch die Interessen der Sowjet-Union. Die Beziehungen Rußlands zu Frankreich hingen ab von den gegenseitigen Interessen Deutschlands und Frankreichs einerseits, sowie Deutschlands und Polens andererseits. Ein den Versailler Frieden bekämpfendes oder in dessen Rahmen sich fügendes Deutschland seien für Rußland verschiedene Größen.

Heeressorgen in England.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

st **London,** 17. März.

In seiner Rede zum Heeresetat im Unterhaus pries der Staatssekretär Evans den Vorzug der Armeekarriere vor anderen Berufen und nannte Heeresdienst den edelsten aller Berufszweige. Es scheint, daß auch in England das Edle nicht die genügende Anerkennung findet. Jedenfalls ging aus den Ausführungen des Staatssekretärs hervor, daß der Territorialarmee zu ihrem vorgeschriebenen Stand 1683 Offiziere und 42 669 Mann fehlen. Er schob die Schuld für den mangelnden Erfolg der Rekrutierungsbüros auf die Arbeitgeber, die den Reservisten der Territorialarmee keinen Urlaub für die Waffenübungen geben wollen.

Der Arbeiterparteiler Thomas erklärte die Tatsache, daß von je acht sich meldenden Rekruten fünf als körperlich untauglich zurückgewiesen werden müßten, sei ein überaus bedauerliches Zeichen und beleuchte die fürchterlichen wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen die große Masse des englischen Volkes zu leben habe. Ein Antrag des Arbeiterparteilers Chiel, durch geeignete Maßnahmen den Arbeiterkindern zu ermöglichen, mehr als bisher den Offiziersberuf zu ergreifen, wurde mit 240 gegen 100 Stimmen abgelehnt.

Deutschland und die englischen Studenten.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

st **London,** 17. März.

Der Sekretär der deutschen Botschaft Dr. Wendler hielt gestern vor englischen Studenten im „Comittee of London College" einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Das Unterhausmitglied Sir Philip Dawson führte den Vorsitz und erklärte einleitend, daß ihn die Erklärung des Außenministers Chamberlain, „Deutschland sei bereit, aufrichtig und freiwillig im Geiste des Friedens mit seinen Nachbarn für die Entwicklung des internationalen Fortschritts mitzuarbeiten", besonders erfreut habe. Er empfahl den Universitätshörern dringend, deutsch zu lernen, denn diese und die englische Sprache seien für das Studium der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt unbedingt notwendig.

Der deutsche Botschafter Sthamer erklärte auf Einladung der Versammlung zum Schluß vom Rednerpult aus, daß er von dem regen Interesse, das die Versammlung für Deutschland zeige, sehr angenehm berührt sei. Er wolle hoffen, daß die Zusammenarbeit der beiden Länder, die 1000 Jahre freundschaftlich miteinander verkehrt hätten, bald wieder zum gemeinsamen Fortschritt und Nutzen aufgenommen werde.

Bulgariens Kommunistengesetz.

a **Sofia,** 16. März.

Das bulgarische Amtsblatt veröffentlicht heute das neue „Gesetz zum Schutze des Staates", das mit dem heutigen Tag in Kraft tritt. Das Gesetz soll zum ersten Male bei der Ausschließung der kommunistischen Abgeordneten aus dem Sobranje zur Anwendung gelangen. Nach Blättermeldungen ist ein diesbezüglicher Antrag im Sobranje bereits für Mittwoch zu erwarten.

Eduard Stucken.

Zum 60. Geburtstag des Dichters.

Grillparzer sprach einmal das anscheinend schlichte, in Wahrheit tiefsinnige Wort: Dichten heißt in Versen denken. Was er als charakteristisch für den geborenen Dichter an sich und verwandten Geistern zu erkennen meinte, das war die Fähigkeit, den erhöhten Eindruck von vornherein in der gehobenen Form, die sich seit Menschengedenken im Volkston und in dem bevorzugter Naturen offenbarte, zu empfinden, also nicht Verse erst zu „machen", sondern in Versen zu „denken". Wer diese Fähigkeit besitzt, in dem nähert sich ganz von selbst das Wort, der Gedankenausdruck jenen reinen Künsten, die — jenseits aller logischen Grenzen — in geheimnisvoller Nachbildung der Lebensvorgänge sich der Sinne bemächtigen, der Musik und der Architektur, dem ist poetische Kraft gegeben.

Eine der seltenen Naturen, deren reiche Gefühls- und Phantasiewelt das Wort von innen heraus prägt, die „in Versen denkend" die Geheimnisse des Lebens in eine volle, sinnlich berauschende Wirkung übertragen, ist Eduard Stucken, dessen 60. Geburtstag man morgen begeht, und den mit freudiger Anerkennung zu begrüßen, nicht etwa die Erinnerung an eine späterrungene Reife bedeutet, sondern so viel heißt, als sich eines wertvollen und dauernden Besitzes im poesieempfänglichen Gemüte bewußt zu werden. Dieser Deutschrusse — er wurde in Moskau als Sohn eines Großkaufmanns geboren — schien durch äußeres Schicksal, durch Herkunft und Bildungsgang ziemlich fern von den Zentren deutscher Bildung und Literatur auf die Welt gekommen zu sein, wenn auch seine Familie mütterlicherseits mit der deutschen Gelehrtenwelt zusammenhängt. In jungen Jahren ergriff er den Beruf des Vaters und schien eine Weile in den Interessen der großen, weltverbindenden, kaufmännischen Welt aufzugehen. Aber in der entscheidenden Periode der Jünglingsentwicklung erwachte in ihm ein mächtiger Drang, sich in das innere Wesen der völkerverbindenden Elemente zu versenken und mit allem Rüstzeug des Wissens in die Geschichte und Sagenwelt der Nationen einzudringen. Er entschied sich für die historische und philologische Wissenschaft und merkwürdigerweise zugleich für die Germanistik und für die östliche Welt der syrischen und assyrischen Geschichte. Wer seine Werke kennt, der weiß, daß seine Liebe zu diesen Studien ihn rasch zum Gelehrten gemacht hat, daß aber die Lichtstrahlen des Wissens sich so eigentümlich in seinem Geiste brachen, daß alle Farben der sagenhaften Volksphantasie und der überlieferten Urgeschichte der Völker allgemach den Poetengeist erfüllten und der Stil alter Ueberlieferungen sich in diesem Poetengeiste verjüngte. Zugleich aber wuchs in ihm eine Meisterschaft in der Beherrschung der eigenen Sprache, die die Geheimnisse jeder Tradition erlauschte und den Ton der alten Trovatore, die musikalisch spielerische Art ihrer Weisen so überzeugend im Verse verstärkte, wie er in der Prosa die sagenhafte Verdichtung uralter Ueberlieferungen zu einer bewunderswert reichen Gegenständlichkeit verdichtete. Aus dieser Doppelkraft wuchsen ihm zwei monumentale Werke hervor: Der nicht nur im Umfang, sondern auch in der stofflichen Fülle riesige Roman: „Die weißen Götter", der die Entwicklung des Abenteurers Cortez auf amerikanischem Boden veranschaulicht, die Sagenwelt der aztekischen Stämme als Hintergrund des Heldenschicksals großartig ausmalt und aus dieser Triebwelt, die mit all ihren überkräftigen und grausamen Instinkten dargestellt wird, die Täuschungen und Enttäuschungen des Gold- und Ehrgierigen bis zu seinem tragischen Ende hervorwachsen läßt. Und das dramatische Epos „der Gral", eine Folge von acht Dramen, in der wiederum der romantische Zauber, der von König Artus und seiner Tafelrunde ausgeht, in der Fülle seines Gehalts und im Zauber seiner Farbe sich für die Empfindung der heutigen Welt verjüngt, ohne daß ein Zug seiner Eigenart, seiner Deutsamkeit seiner bis in die einzelnen Züge hinein bewundernswert bewährten Bildkraft verlorengeht.

In diesen beiden umfassenden und tiefgreifenden Werken der Poesie, die vier starke Bände des neuerschienenen Gesamtwerkes von Eduard Stucken füllen (Berlin, Erich-Reiß-Verlag), ist dem flüchtigen Leser, der bloß durch den Einfall oder die oberflächliche stoffliche Spannung gereizt sein will, kaum irgendein Zugeständnis gemacht; aber der ehrlich Empfangende, der sich in die üppig reiche Verwicklung, in den eigenartigen Sinn und Tiefsinn des Ausdrucks und in den Reiz der von innen quellenden Melodie versenkt, der wird derart durch die Gesichte des Poeten gefesselt, ja berauscht, daß er sich ganz diesen fremden Welten ergibt.

So haben denn beide Werke einer souveränen Phantasie, die in verschiedenen Tiefen der Ueberlieferung schürfen und das Geäder der ältesten Schicht beseelen, dankbare und treue Gemüter gefunden, die in diesen Meisterwerken des Stils nicht etwa die Ueberbleibsel chronikaler Ueberlieferungen, sondern die in dauernde Form gegossenen Gesichte und Empfindungen eines lebendigen Poeten genießen. Zu den merkwürdigsten Erfolgen Stuckens gehört die unmittelbare Teilnahme, die zwei seiner Gralsdramen, die in der Zeit der Reinhardtschen Direktionsführung im Deutschen Theater auf die Szene kamen, in einem Publikum von heute erweckten. Zumal sein „Lanval" mit seinem in dunklem Feuer dargestellten Kampfe zwischen Sinnlichkeit und seelischer Liebe hat einen vollen Erfolg davongetragen, obgleich die eigenartige Versform des Dialogs den Bühnengewohnheiten von heute zu widerstreben scheint. Diese Bühnenfremdheit war eben nur Schein, und von Szene zu Szene hob sich der duftige Schleier der Form, um die seelische Erregung in diesem kunstvollen und doch natürlichen Netz der sprachlichen Reize um so reicher hervorblitzen zu lassen. Die Fülle von charakteristischen Bildern, die Stucken in den eigenartigen Vers einfängt, die reizvolle Kühnheit, mit der er den Dialog, die charakteristische Nibelungenzeile mit dem Binnenreim fehält, die sichere Kunst, mit der er die Cäsuren dieser anscheinend spröden Gesprächsform für dramatische Antithesen verwertet, gewann immer sicherer die Aufmerksamkeit.

Den längst gewonnenen Freunden seiner Eigenart hat Stucken auch ein Buch der „Romanzen und Elegien" geschenkt, das in seiner balladesken Schwermut dem „Triumph des Todes", dem eine wundervolle Einleitung gewidmet ist, zu dienen scheint und doch den Zauber unbesiegbarer und unvergeßlicher Jugend kündet. Man deutet den Geist dieses schwermütig bedeutsamen Romanzenbuchs vielleicht am besten an, wenn man die Schlußstrophen der tiefsinnigen Romanze „Connla" hierhersetzt:

> Durch die fünf Sinne lebt und stirbt der Schein;
> Und keiner fand bisher der Weisen Stein.
> Das Tiefste noch, was Menschengeist erforscht,
> War, daß das Werden Trug ist wie das Sein.
>
> Und was ist Ruhm? Du gibst dein Blut dahin, —
> Ein Lied, ein Steindenkmal wird dein Gewinn;
> Das Lied verhallt, das Denkmal sinkt zermorscht, —
> Und schnell vergißt der Erde Wankelsinn.
>
> Und schnell vergißt ein Herz, das Liebe gehrt,
> Wie heiß das Feuer war, das es versehrt.
> Dein schönes Haar, wie bald ist es ergraut; —
> Nur Jugendträume sind zu leben wert.

Die Schlußzeile dieser Romanze sagt uns so recht, worauf die dauernde Bedeutung des Dichters Eduard Stucken, der heute ein stilles Fest seines Wesens und seiner Werke feiert, beruht. Nur Jugendträume sind zu leben wert. Und auf die Grüße, die heute der Poet Stucken empfängt, ist das Wort Schillers anwendbar:

> Was belohnet den Meister? Der zartantwortende Nachklang
> Und der reine Reflex aus der begegnenden Brust.

Alfred Klaar.

Der Reichspräsident zum Tode Wassermanns. Der Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, hat an die Witwe Geheimrats von Wassermann nachstehendes Schreiben gerichtet: An dem schmerzlichen Verluste, der Sie durch den Tod Ihres Herrn Gemahls betroffen hat, nehme ich aufrichtig Anteil. Deutschland betrauert in dem Dahingeschiedenen einen erfolgreichen Forscher, der sich um die medizinische Wissenschaft und die leidende Menschheit große Verdienste erworben hat; das Reich und Preußen verliert in der Fürsorge für die Volksgesundheit durch seinen Tod einen verständnisvollen Mitarbeiter und tatkräftigen Förderer. Sein Andenken wird in hohen Ehren weiterleben.

Musik. Im heutigen Konzert des Philharmonischen Orchesters (Dirig. Prof. R. Hagel) gelangen zur Aufführung: Sinfonie Nr. 17, c-dur, von Haydn; Eine kleine Nachtmusik, von Mozart; Sinfonie Nr. 6, Pastorale, von Beethoven.

Vorträge. Ueber Käthe Kollwitz hält Dr. Adolf Heilborn Mittwoch, 18. März, 8 Uhr, in der Aula, Georgenstr. 30, einen Vortrag mit Lichtbildern.

In der Gesellschaft für Deutsche Literatur spricht Dr. Hugo Bieber am Mittwoch, den 18. März, abends 7.45 Uhr, über: „Geistesgeschichtliche Voraussetzungen des jungen Deutschlands".

Lothar Schreyer hält in der Kunstausstellung Der Sturm, Potsdamer Straße 134a, am Mittwoch, dem 18. März ,7.45 Uhr, einen Vortrag über: „Die neue Kunst".

0177

Die Berliner Gesundheitswoche.

Der Auftakt im Rathause.

Im großen Festsaale des Berliner Rathauses wurde gestern abend unter großer Beteiligung die Groß-Berliner Gesundheitswoche eingeleitet. Veranstaltet ist sie gemeinsam von der Stadt, vertreten durch das Hauptgesundheitsamt, und der Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsträger. Als Vertreter der Stadt Berlin hielt Bürgermeister Scholz die Eröffnungsansprache, ihm folgte als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Reichsversicherungsträger Geh. Komm.-Rat Dr. v. Borsig, der insbesondere darauf hinwies, daß durch die Gemeinschaftsarbeit aller an der Hygiene Interessierten wichtige Fortschritte erzielt werden müßten. Es verlas sodann Ministerialrat Dr. König vom preußischen Wohlfahrtsministerium die Ausführungen, die der frühere Ministerialdirektor Professor Dr. Gottstein selbst zu halten im letzten Augenblick verhindert worden war.

In diesem Vortrage wurde nachgewiesen, in welch bedenklicher Weise sich die gesundheitliche Zusammensetzung unserer Bevölkerung seit Beginn des Krieges entwickelt, und was wir bei einer zunehmenden Bevölkerungsverschlechterung ganz besonders in den Großstädten erreichen müssen. Unter den verschiedenen Mitteln, die angewendet werden können, um der Gefahr zu begegnen, ist eins das wesentlichste: die Abwehr der chronischen Infektionskrankheiten, unter denen Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten in ihrer gefahrbringenden Bedeutung an erster Stelle stehen.

In der lebhaften, eindrucks- und wirkungsvollen Weise, die die Teilnehmer an gesundheitlichen Kongressen längst an ihm gewohnt sind, trat Prof. v. Drygalski als neuer Stadtmedizinalrat zum ersten Male vor die Berliner Bevölkerung. Zu der Zeit, als er noch Schüler von Robert Koch war, hat er an den damals eingeführten Bekämpfungsmaßnahmen des Typhus in verschiedenen Teilen Deutschlands teilgenommen. Als Stadtarzt von Halle hatte er oft Gelegenheit, Erfahrungen auf dem Gebiete des städtischen Gesundheitswesens und der Praxis der Sozialhygiene zu sammeln. Ueberdies hat er als Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege Fühlung mit allen beteiligten Kreisen und Bestrebungen in Deutschland. Das kam sehr deutlich in seinen Ausführungen zum Ausdruck, die darin gipfelten, daß letzten Endes Gesundheitsfortschritte nur zu erzielen sind, wenn Verständnis für sie in allen Bevölkerungsschichten Gemeingut ist. Er belegte an einzelnen Beispielen, wie gewissen Gesundheitsschäden dadurch wirkungsvoll begegnet worden ist, daß es gelungen war, in den beteiligten Kreisen Verständnis vom Wesen und der Verbreitung der Krankheiten zu erwecken.

Der Direktor der ersten medizinischen Klinik in der Charité, Geheimrat His, führte ebenfalls aus, daß das Wichtigste Verhütung und Vorbeugung sei. Er betonte dabei insbesondere die Rolle, die derjenige Arzt, der am engsten mit dem Kranken und seiner Familie in Berührung kommt, zu spielen berufen ist. Nach einem kurzen Ueberblick über die wichtigsten in Betracht kommenden Krankheiten betonte er die Bedeutung von Sport und von Spiel und vor allem auch die Wichtigkeit einer ärztlichen Untersuchung bei der Eheschließung.

Schließlich besprach der Theologe Geheimrat Seeberg die Frage der Gesundheit aus ethischem Gesichtspunkte heraus und stellte die Fürsorge für die Gesundheit als sittliche Pflicht hin. Wer für seine eigene Gesundheit sorgt, sorgt auch für die Allgemeinheit. Sehr lebhaft trat er dafür ein, daß frühzeitig in der Schule ein gesundheitlicher Unterricht beginne. Bei der großen Bedeutung, die der Presse zukäme, könne sie letzten Endes doch nur das vertiefen und verbreitern, was schon in der Kindheit von Aerzten und vor allem Lehrern den Menschen an gesundheitlichen Kenntnissen mitgegeben worden sei. R. L.

Die Lage im Eisenbahnerstreik.

Nachdem gestern abend der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums durch die Gewerkschaften abgelehnt worden ist, ist heute der Verwaltungsrat der Reichsbahn zusammengetreten, um seinerseits über Annahme oder Ablehnung dieses Spruchs zu entscheiden. Das Ergebnis dieser Besprechung dürfte erst im Laufe der späten Abendstunden bekanntgegeben werden. — Im Vergleich zu gestern ist die Zahl der Streikenden weiter zurückgegangen und beträgt jetzt insgesamt 10 404. Während in Dresden, Erfurt und Halle die Lage unverändert ist, sind in Bremen heute vormittag auch die Rangierer in Streik getreten, so daß dort der Güterverkehr ernstlich gefährdet ist. In Berlin haben sich heute wieder eine Anzahl von Arbeitswilligen gemeldet.

Tödlicher Autounfall am Baltenplatz. In der vergangenen Nacht gegen ½12 Uhr wurden am Baltenplatz vor dem Hause Petersburger Straße 10, die Arbeiterin Emma Debberthin aus Lichtenberg, Leopoldstraße 31, und ihr Bräutigam, der 30 Jahre alte Photograph Willi Habermann, der am Weidenweg 30 wohnt, von einer Kraftdroschke überfahren. Während der Mann mit leichteren Oberschenkel- und Armverletzungen davonkam, wurde seine Braut so schwer verletzt, daß sie kurz nach ihrer Einlieferung im Krankenhaus am Friedrichshain verstarb. Die Schuldfrage konnte nicht einwandfrei geklärt werden, da sich nur zwei Zeugen gemeldet haben, die widersprechende Angaben machen. Zur Aufklärung des Vorfalls werden weitere Zeugen dringend gebeten, sich beim Polizeiamt Friedrichshain zu melden.

„Die Republik im Kampf." Anläßlich der Reichspräsidentenwahl veranstaltet die Deutsche Demokratische Partei, Ortsgruppe Mitte und Westen, eine große öffentliche Versammlung am Mittwoch, dem 18. März, abends 8¼ Uhr, im ehemaligen Herrenhaus. Staatsminister a. D. Wendorff spricht über „Die Republik im Kampf".

Kundgebung für das arbeitende Palästina. Gestern abend fand in den Spichernsälen (Spichernstr. 3) eine von der Jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiterorganisation „Poale Zion" einberufene Versammlung statt, die sich zu einer eindrucksvollen Massenkundgebung für das arbeitende Palästina gestaltete. Nachdem der Referent Singer-Wien eingehend über die Aufbauarbeit in Palästina berichtet und als Hauptziel der Organisation die Schaffung eines jüdisch-sozialistischen Gemeinwesens nachdrücklich betont hatte, gab Reichstagspräsident Paul Löbe in einer kurzen Ansprache seiner Bewunderung Ausdruck für die geradezu heroischen Leistungen der Pioniere, für die, wie er sich ausdrückte, ergreifende Beispiele vorliegen. Zum Schluß sprach Reichstagsabgeordneter Eduard Bernstein, der betonte, daß er zwar der zionistischen Bewegung nach seiner ganzen politischen Einstellung nicht angehöre und sich mit ihr auch nicht identifiziere, aber der Aufbautätigkeit in Palästina und den bewundernswerten Leistungen, die dort vollbracht werden, seine wärmste Sympathie bekundete.

Ein Erpresser verhaftet. Der 18 Jahre alte Kaufmann Bernhard Hellwig aus Herne in Westfalen wurde gestern unter Aufsehen erregenden Umständen im vollbesetzten Wartesaal I. Klasse des Bahnhofs Friedrichsstraße verhaftet. Er war an einen Tisch herangetreten, an dem zwei Damen saßen, hatte sich zu ihnen gesetzt und ein Gespräch begonnen. Zwei Kriminalbeamte, die zufällig am Nebentisch saßen, bemerkten, daß Hellwig sich während des Gesprächs Notizen machte und nahmen ihn fest. Hellwig hat sich eines schweren Erpressungsversuches an der Witwe eines Berliner Fabrikanten schuldig gemacht. Als er in der Zeitung die Todesanzeige las, schrieb er unter falschem Namen einen Brief aus Münster in Westfalen und teilte der Dame mit, er sei der uneheliche Sohn des Fabrikanten. Um gerichtliche Schritte zu vermeiden, forderte er sie auf, unter einer Chiffre ihm aus dem Nachlaß seines Vaters zehntausend Mark zu senden. Dieser Brief gelangte zur Kenntnis der Kriminalpolizei. Man setzte sich mit dem Schreiber brieflich in Verbindung und forderte ihn zu einer Besprechung im Wartesaal I. Klasse des Bahnhofs Friedrichstraße auf. Die Witwe nahm mit einer Freundin an einem Tische Platz, während zwei Kriminalbeamte dem Gespräch vom Nebentische aus zuhörten. Der Erpresser wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Mariendorf.

Mittwoch, 18. März, 1½ Uhr.

1. Frettchen—Fahrt Lautenberger.
2. F. J. Mills—Altmeister.
3. Stapellauf—Cuba.
4. Altgold—Interpellant
5. Gest. Bindow—Dawson Watts.
6. Lord Ellerslie—Fahrt J. Mills.
7. (Interpellant) Della—F. Mills.
8. Natter—Fahrt J. Mills.

Der Erschossene vom Hermannplatz. Die Personalien des bei den Sonntagsdemonstrationen am Hermannplatz in Neukölln erschossenen Mannes sind nunmehr festgestellt worden. Es handelt sich um den 61 Jahre alten Schriftsetzer Wilhelm Baltrusch aus der Zossener Straße 40, der von seiner Wirtin und seinen Arbeitsgenossen wiedererkannt wurde.

Ein falsches Mordgerücht. An der Mühlendammschleuse am Köllnischen Fischmarkt wurde gestern abend die Leiche eines jungen Mannes gelandet, die an der linken Kopfseite eine schwere Verletzung aufwies. Nach dem Gutachten des Gerichtsarztes, der auf das Gerücht von einem Morde zum Fundort geeilt war, sind die Verletzungen aber erst nach dem Tode des Mannes entstanden. Es ist der 23 Jahre alte Arbeiter Robert Zehe aus der Lippehner Str. 9, der seit dem 30. Januar vermißt wurde. Ob Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt, steht noch nicht fest.

Schwerer Rodelunfall. Gestern nachmittag gegen ½7 Uhr verunglückte die 14 Jahre alte Schülerin Erna Eckstein aus der Joachim-Friedrich-Straße 7 in Halensee beim Rodeln in der Nähe des Teufelssees im Grunewald. Sie war mit ihrem Schlitten gegen einen Baum gefahren und trug schwere innere Verletzungen davon. Ein Krankenwagen brachte sie nach der elterlichen Wohnung.

Ausstand der Hanauer Diamantenschleifer. In Hanau hatten die Diamantenschleifer eine Erhöhung des Tariflohnes um 20 pCt. verlangt. Da diese Forderung von den Arbeitgebern abgelehnt worden ist, sind die Arbeiter in den Ausstand getreten. Es kommen etwa 400—500 Diamantenschleifer in Frage, die in Hanau und Umgegend wohnen.

Die Internationale Jugendliga und das Freiproletarische Jugendkartell veranstalten eine gemeinsame Vortragsreihe über: „Rußland". Heute abend 8 Uhr spricht Dr. Adolf Grabowsky über: „Die Zukunft Sowjet-Rußlands", am Dienstag, dem 24. März, abends 8 Uhr, hält Paul Thompson einen Vortrag über: „Politik in Sowjet-Rußland" und am 31. März Otto Corbach über: „Moskau oder Washington".

Generalversammlung. Am 18. d. M. findet um 7¾ Uhr abends im Logenhaus, Kleiststraße 10, die ordentliche Generalversammlung des Hilfsvereins der Deutschen Juden unter Vorsitz von Dr. James Simon statt. Dr. Simon wird über die Tätigkeit des Hilfsvereins im verflossenen Jahre berichten. Im Anschluß daran wird Dr. Paul Nathan über „Das jüdische Problem" sprechen. Gäste willkommen.

Ueber das Schaffen von Käthe Kollwitz, ihre künstlerische und soziale Bedeutung, spricht an Hand zahlreicher Lichtbilder Dr. Adolf Heilborn am Mittwoch, dem 18. d. Mts., abends 8 Uhr, im „Volkskraftbund" (Aula Georgenstraße 30).

Demokratische Frauenkundgebung. Am Mittwoch, dem 18. März, abends ½8 Uhr, findet im Berliner Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal, eine Versammlung der Berufs-Ausschüsse der demokratischen Frauen statt. Zu dem Thema: „Welche Hilfe erwartet die berufstätige und die Hausfrau von den politischen Parteien", werden sprechen: Für die Lehrerinnen: Dr. Joh. Philippson, für die Beamtinnen Else Fisch, für die Wohlfahrtspflegerinnen Luise Besser, für die freien Berufe und die Hausfrauen Gertrud Dreising. Zur Reichspräsidentenwahl spricht Landtagsabgeordnete Martha Dönhoff.

Wetteraussichten für Berlin und das Reich. Nach leichten Schneefällen zeitweise aufklarend bei fortdauerndem Frost.
Im Osten Schneefälle, im Westen allmählich aufklarend. Kälte anhaltend.

Wege zur Kraft und Schönheit.

Der nackte Mensch im Film.

Wir erleben in Deutschland, wie in anderen Kulturländern — nach eineinhalb Jahrtausenden der Verschimpfierung und Versklavung der irdischen Gestalt des Menschen — eine Renaissance des Körpers. Welchen Umfang, welche Formen die junge Körperkulturbewegung schon angenommen hat, will der große Ufa-Film „Wege zu Kraft und Schönheit" zeigen. Er ist ein Propaganda-Film im besten Sinne des Wortes. Indem er alle zweckdienlichen Querschnitte und Längsschnitte durch die gesamte Körperkulturbewegung legt, offenbart er die ungeheure Breite und Vielseitigkeit der Bewegung, und zugleich wird er ihr dadurch unzählige neue Freunde gewinnen.

Der Film betont und fördert seine erzieherische Absicht, in dem er immer wieder Beispiel und Gegenbeispiel nebeneinanderstellt. Gleich im Anfang folgen dem Leben im antiken Gymnasion Bilder aus dem heutigen Schulbetrieb: Schüler, die kurzsichtig über das Buch gebeugt Grammatik studieren. So sieht man den Stubengelehrten mit seinem verkümmerten Körper, die Näherin mit gekrümmtem Rücken an der Maschine; dann aber den modernen Menschen in den allgemeinen Zwangsspannungen, die ihn beherrschen: die Hetzjagd des Berufslebens und des Großstadtverkehrs, die wüsten Verzerrungen des Vergnügungslebens. Dem griechischen Ideal der „Kalokagathie" wird in amüsanten Bildern als unser Ideal der gutsitzende Abendanzug gegenübergestellt, weiterhin der Bewegungsmensch dem Sitzmenschen, der natürlich aufgebaute Körper dem durch das Korsett verdorbenen Körper.

Um einen Begriff von der Fülle der Filmeindrücke zu geben, muß man aufzählen. Die ersten Teile zeigen die verschiedensten Formen der Gymnastik; und fast immer wird der besondere Charakter der einzelnen Bestrebungen und Schulen deutlich. Mit Säuglingsturnen und Kindergymnastik beginnt es. Es folgen die Hellerauer Erziehung des Musiksinns, Bodes rationalisierende Durchbildung der Arbeitsbewegungen, die Loheländer Körpererziehung aus dem Rhythmus des Atems, die Mensendieck-Uebungen zum natürlichen Aufbau des Körpers, schließlich die Schule Rudolf von Labans mit ihrem Ideal eines alle Bewegungsmöglichkeiten des Leibes erfüllenden Tanzes. Zwischendurch wird an einem Tanz Niddy Impekovens die künstlerische Ausnutzung des Gegensatzes von Spannungs- und Entspannungs-Bewegungen dargetan.

Ein besonderer Teil des Films zeigt den Tanz in seinen verschiedensten Formen; zunächst bei entlegenen Völkern (Afrika, Hawai, Japan, Indien), dann in unserer Welt (die Spanierin de la Riva, die Russin Karsawina, die Schwedin Hasselqvist), schließlich die jüngste Tanzkunst aus einem Tanzspiel Labans und der „Wanderung" aus dem Tanzdrama Mary Wigmans.

Mehrere Teile zeigen schließlich alle Arten des modernen Sports (von der Leichtathletik bis zum Baseball und Jiu-Jitsu). Viele Zeitlupen-Aufnahmen verdeutlichen auf allen Gebieten die rhythmische Durchbildung und Folgerichtigkeit der Bewegung, die der Körper der modernen Gymnastik verdankt. Ein schwungvoller Abschluß stellt Jungdeutschland neben Altgriechenland, deutsche Sportbetätigung heute neben deutschen Turnergeist der Zeit Jahns.

Seine Entstehung verdankt der Film, an dem außer unzähligen Sportleuten, Pädagogen, Tänzern und Tänzerinnen ein großer Stab von künstlerischen und wissenschaftlichen Mitarbeitern mitgeschaffen hat, dem Manuskript Dr. med. N. Kaufmanns und der Regie Wilhelm Pragers; sie haben sich um die moderne Körperkultur-Bewegung ein wichtiges Verdienst erworben.

A. M.

Wer ist angekommen?

Gäste der Hauptstadt.

Hotel Esplanade: Generaldirektor Fritz Pfister, Helmstedt. Amtsrichter Leveloh, Mülheim. Generaldirektor Franz Ott, Köln. Bergrat Ed. Mehlhorn, Köln. Genraldirektor Walter Müller, Grube Ilse. Graf Oeynhausen-Sierstorpff, Driburg. Konsul Sutorius, Stuttgart. Kommerzienrat Dr. M. Schmidt, Braunschweig. Generalkonsul von Berenberg-Goßler, Hamburg. Salomon von Deventer, Wassenaar. Exzellenz von Lucius, Haag. Prof. Dr. A. Nathansohn, Bad Harzburg. General-Direktor Walter Spender, Essen. Kommerzienrat Schöndorf, Hamburg. Generalkonsul Sternberg, Amsterdam. Generaldirektor Eugen Vögler, Essen. Bernh. v. Bülow, Camin. Graf Eickstedt, Hohenholz. Paul Ekimoff, Regisseur, Konstantinopel. Generaldirektor Robert Feith, Lemberg. Maurice Frère, Paris. Gen.-Dir. Geiershöfer, München. Generaldirektor Wilh. Haus, M.-Gladbach. Generalkonsul Herm. Haupt, Rio de Janeiro. Erbprinz Hohenlohe-Langenburg, Langenburg. Kommerzienrat Hoesch, Pirna. Graf Lucovich, London. Bankier Gust. Oppenheim, New York. Gen. Dir. Wilh. Spans, Aachen. Konsul Bernard Sauerwein, Mainz. Bankdirektor Paul Strumberg, Hamburg. Kommerzienrat Dessauer, Mannheim. Landrat C. Heimann, Köln. Kommerzienrat Max Polysius, Dessau. Generaldirektor v. Pohl, Waldenburg. Günther von Zitzewitz, Potsdam. Generalkonsul E. Antaki, Konstantinopel. Generaldirektor Dr. M. Buchner, Hannover. Newcomb Carlton, New York. Kommerzienrat Dillmer, Stockholm. Graf Douglas, Wiesbaden. Hofrat Aurel von Egry, Budapest. Konsul S. Fabian, Köln. Geheimrat Oskar Kösters, Schwandorf. Bergwerksdirektor Th. Kramm, Hamburg. Generaldirektor Loeser, Gleiwitz. Archibald Ridwell, Paris. Baron Jos. Tanfani, Baden-Baden. Gen.-Dir. Gerhard Ueltzen, Mannheim.

La Belleza
die altbewährte Spezialmarke:
Bouquets, 9½ cm .... 15 Pf.
Delicias, 10¾ cm .... 20 Pf.
Predilectos, 11½ cm .... 25 Pf.
Escepcionales, 13 cm .... 30 Pf.
Ideales, 12½ cm .... 40 Pf.
Hochfeine Qualitäten.
Sämtlich in Kisten zu 50 Stück.
Portofreie Zusendung innerhalb Deutschlands von M. 20.— an

OTTO BOENICKE
Gegründet 1879 unter BOENICKE & EICHNER
Berlin W 8, Französische Straße 21, nahe Ecke der Friedrichstraße
Zweiggeschäft: Kochstraße 59 zwischen Friedrich- und Charlottenstraße

Bismarck, Imperiales, eine außerordentl. preiswerte, milde Zigarre, in Kisten zu 50 Stück 15 Pf.

Principe de la Paz
eine altbekannte Spezialmarke
zu 10, 12, 15, 20, 30 und 50 Pf.
sämtlich in Kisten zu 50 Stück
Milde, leichte Qualitäten.
Havana-Importen
von der letzten vorzüglichen Ernte
von 90 Pf. an
Eigener Import direkt von Havana
Fernsprecher Merkur 5741/42
Postscheckkonto Berlin 11470

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Neukölln. Verlag und Druck: Ullstein A. G. Berlin.

(Hierzu eine Beilage.)

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Beilage zu Nummer 129 — Chefredakteur: Georg Münch — Verantwortlich Max Mattersdorf-Friedenau — Dienstag, 17. März 1925 abends

Auf der ganzen Linie schwächer.

Auch Renten im Angebot.

Die bereits an der gestrigen Nachbörse hervorgetretene Abschwächung machte heute weitere Fortschritte. Bereits die ersten Kurse waren erheblich schwächer. Anschließend trat zwar eine kleine Erholungswelle in die Erscheinung, die jedoch sehr bald wieder in sich zusammenbrach. Abgesehen davon, daß auch heute wieder jede Beteiligung am Börsengeschäft von außenstehender Seite fehlte, wodurch die Unternehmungslust der Börse automatisch nicht unwesentlich herabgedrückt wurde, wirkte die sehr schwache Haltung des Getreidemarktes außerordentlich verstimmend. Hinzu traten naturgemäß weiterhin die Sorgen über den Eisenbahnerstreik und die innerpolitischen Vorgänge, sowie schließlich die außerordentliche Absatzkrise im Ruhrbergbau. Das herauskommende Material fand infolgedessen nur zu sinkenden Preisen Aufnahme, zumal auch die Banken ihre Vorkäufe eingestellt haben. Das Geschäft blieb während des ganzen Verlaufs verhältnismäßig ruhig.

Im Verlauf der zweiten Börsenstunde zeigten sich vorübergehend erneut Ansätze zu einer Besserung, im Zusammenhang mit Gerüchten über eine bevorstehende Herabsetzung der Kohlenfrachttarife.

Von Besonderheiten an den einzelnen Märkten ist lediglich die verhältnismäßig feste Haltung von Nordd. Lloyd und den Spritwerten, insbesondere Schultheiß, hervorzuheben. Kaliwerte blieben gut gehalten; die Werte des Pulverkonzerns dagegen lagen entsprechend der Allgemeintendenz schwächer. Am Bankenmarkt konnten Reichsbank ihren gestrigen Verlust wieder aufholen.

Der Rentenmarkt war durchweg schwach; insbesondere in Kriegsanleihe kam zeitweise beträchtliches Material heraus. Nach einem Eröffnungskurs von 0,685 ging sie zeitweise bis auf 0,715, um jedoch schließlich auf 0,690 à 685 zurückzugehen. Durchweg schwach lagen heute auc hdie ausländischen Renten.

Vorkriegspfandbriefe waren zum Kurs eher eine Kleinigkeit schwächer. Das an den Markt kommende Material fand jedoch im allgemeinen glatte Aufnahme. Goldpfandbriefe unverändert. Roggenwertanleihen im Zusammenhang mit der Bewegung am Produktenmarkt schwächer.

2-Uhr-Kurse.

Daimler 5.80, Hirsch Kupfer —, Hammersen 20,62, Ilse Bergbau 21,12, A. E. G. 11,17, Gesfürell 137, Schuckert 66,3, El. Licht 7,25, Laurahütte 7, Dt. Luxemburger 76,25, Gelsenkirchen 85, Caro 10,60, Oberbedarf 11,20, Phönix 63,12, Harpener 142, Hohenlohe 24,8, Rheinstahl 56,37, Riedel 95, N. A. G. 4,20, Schultheiß 36,5, Orenstein 19,12, Leonhard Tietz 7,12, Salzdetfurth 31,8, Tel. Berliner 96,25, El. Hochbahn 80,25, Canada 41, 3½proz. Consols 1,02, Kriegsanleihe 0,685, Hamburg Packet 90,5, Nordd. Lloyd 4,10, Hansa 12,37, Hamburg Süd 47,5, Dt. Erdöl 59, B. E. W. 5,30, Barmer Bankverein —, Darmstädter 137,25, Disconto 126,37, Mitteldeutsche 2, Berliner Handelsges. 160, Dt. Bank 134,5, Dresdner 114,75, Reichsbank 150,5, Südsee 44, Sloman 6,75, Salitrera 217,5, Diamond 19,37, Dt. Petroleum 17,12, Commerzbank 6,4.

Bezugsrecht: Berlin-Hamburg. Land- und Wassertransport-Vers. — B.

Am Markt der unnotierten Werte hielt das Interesse für Fraureuth Porzellan und Oeynhauser Maschinen an, während man besonders in Hochfrequenz Abgabeneigung beobachten konnten. Unter den unnotierten Kolonialwerten waren Diamond behauptet; die übrigen neigten eher zur Schwäche, stärker gedrückt Südsee und Sloman.

	17. 3.		17. 3.		17. 3.		17. 3.
Adler Kohle	8,25	Hochfrequ.	6,125	Jsl Stichel	2,70	Krügersh.	12,25
Beck. Kohle	7,25	Holsatia	1,00	Stoew. Mot.†	95,50	Niedersachs	8,625
BeckerStahl	1,35	Holzm. Glas	0,515	Stralsu. Glas	19,00	Ronnenberg	—
Benz	5,00	Hünlich	—	Terra-Film	0,35	Steinförde	12,00
Brown Bov†	65,00	Ibag	0,80	Thür. Uhren	0,375	Ummendorf.	0,65
Busiag	0,19	Ifa	0,25	Tiag	0,325	Wittekind	8,00
Chl W. Terr	4,75	K. Rheydt †	180,00	Trierer Wlz.	21,00	*G.f.Petr.-I.	1,50
Dt Lastauto	3,25	Kurs. Brk	0,65	Ufa	13,125	Dt. Petrol	17,50
DuxPorzell	41,00	Manoli Zig.	1,075	Vehm. Zeits	8,25		
Evaporator	0,275	Müll Kaffee	0,79	Wiskebaus	1,825	*Diamond	19,375
Fraurth. Pz.	16,00	Nation. Film	0,63	Zhld. Westf†	65,00	Kaoko	5,50
Friat. & Ross	70,00	Nienbg. Eis.	1,00			*Salitrera	217,50
Getreide C.	52,00	Oehring Bg.	—	Adler Kali	34,25	Sloman	7,00
Glückauf B.	1,80	Olea	1,8[illegible]	Genthe	3,125	SüdsPhosph	57,00
Grade-Auto	0,15	Pose	0,275	Halle Kali	4,50		
Grade Mot.	0,40	Ruhland W	0,95	HannovKali	20,00	*C.Hisp. Akt	1297,5
Grkr. Frank	7,35	Schebera	2,9	HeldburgVz	54,00	*do.arg.Bds.	331,00
Gumm. Elbe	16,02	Schwerdtfg.	7,00	Kali-Indust.	73,00	*do.span.do.	331,50

* In Mark per Stück. † In Goldprozenten.

*

Am Geldmarkt war das Bild heute wenig verändert. Tägliches Geld war wiederum sehr reichlich angeboten und ging an der Börse zwischen 7 und 10 pCt. um, zumeist wurden im Verkehr zwischen guten Häusern nur 7–7½ pCt. bezahlt. Monatsgeld wurde mit 10–12 pCt. genannt. Privatdiskonaten hatten nur geringen Umsatz zu 8 pCt., dasselbe gilt für erstklassige Warenwechsel mit Großbankgiro zu 8¾ pCt.

*

Am internationalen Devisenmarkt hat sich das englische Pfund wieder etwas abgeschwächt, dagegen der französische Franken und die ital. Lire wieder befestigt, ferner liegen Kopenhagen und Oslo in sich fest. Bei geringem Verkehr stellte sich im hiesigen Usancenhandel London gegen Kabel New York auf 4,78⅜–½, London gegen Paris 92,75 a 85, London gegen Mailand 117,05à 20.

Berliner amtliche Devisenkurse.

Telegr. Auszahlungen		Bank-Diskont	17. 3. Geld	17. 3. Brief	16. 3. Geld	16. 3. Brief
Reichsb.-Disk. 9%	Lomb. 11					
Holland	100 Gulden	4	167,74	168,16	167,86	168,28
Belgien	100 Frank	5½	21,235	21,295	21,23	21,29
Oslo	100 Kron	5½	64,87	65,03	64,52	64,68
Kopenhagen	100 Kron	7	76,30	76,50	75,84	76,0[illegible]
Schweden	100 Kron	5½	113,06	113,34	113,04	113,32
Danzig	100 Gulden	9	79,62	79,82	79,73	79,93
Helsingfors	100 finn M	9	10,56	10,64	10,565	10,605
Italien	100 Lire	5½	17,165	17,205	17,12	17,16
London	1 Lstr	5	20,075	20,125	20,089	20,148
New York	1 Dollar	3½	4,195	4,205	4,195	4,205
Paris	100 Frank	7	21,61	21,70	21,565	21,625
Schweiz	100 Frank	4	80,885	81,085	80,88	81,08
Spanien	100 Peseten	5	59,53	59,67	59,63	59,77
Deutsch-Oest. abg.	100 Schilling	13	59,125	59,265	59,125	59,265
Prag	100 Kron	6	12,45	12,49	12,444	12,487
Budapest	100000 Kron.	12½	5,815	5,835	5,822	5,842
Buenos Aires	1 Papier-Peso	—	1,659	1,663	1,660	1,664
Bulgarien	100 Lewa	6½	3,055	3,065	3,055	3,065
Japan	1 Yen	—	1,759	1,763	1,747	1,751
Rio de Janeiro	1 Milreis	—	0,464	0,466	0,462	0,464
Jugoslawien	100 Dinar	—	6,74	6,76	6,74	6,76
Portugal	100 Escudos	9	20,075	20,125	20,075	20,125
Konstantinopel	1 türk Pfd	—	2,165	2,175	2,155	2,165
Athen	100 Drachmen	15	6,29	6,31	6,29	6,31

Wechselkurse in Südamerika am 16. März. (Telegramme der Deutschen Ueberseeischen Bank, Berlin.) Buenos Aires: London (Kabelzahlg.) 45¹/₁₆ d, New York (Kabelzahlg.) 111,40 oro Doll., Berlin (Kabelzahlg.) 3,76 Rm. — Montevideo: New York (Kabelzahlg.) 103 oro Doll. urug. — Rio de Janeiro: London (Kabelzahlg.) 5⁹/₁₆ d, New York (Kabelzahlg.) 9 Doll. 020 Milreis. — Valparaiso: London (90 T/S.) 41 m/c Doll., New York (Sicht) 8,67 m/c Doll.

*

Frankfurter Börse.

Die heutige Börse eröffnete stärker abgeschwächt auf die Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Eisenbahnerorganisationen. Dazu kam noch eine leichte Versteifung des Geldmarktes. Es eröffneten Elberfelder Farben 27, Badische Anilin 29¼, Höchster Farben 26⅞. Im Freiverkehr nannte man Api 1,5, Becker Stahl 1,3, Becker Kohle 7,15, Benz 4,9, Ufa 13. Sehr fest Kunstseide 340, Krügershall 12⅜. Auch Anleihen schwächer; Kriegsanleihe 675. Am Geldmarkt nannte man Tagesgeld mit etwa ⅓ pro Mille.

Hamburger Börse.

Bei kleinem Geschäft war die Haltung knapp behauptet. Paket –0,5, Süd –0,4, Roland +0,3; Eisenbahnen unverändert. Der lokale Industriemarkt zeigt geringe Veränderungen. Hamb. El. W. –0,55, Anglo-Guano –2, Schlingk –0,4, Schwartauer Honig –5,0. Kolonial- und Plantagenwerte unverändert. Anleihen abgeschwächt.

Der Substanzverlust der Preußischen Hypotheken-Aktienbank. Im Vergleich mit der Vorkriegsbilanz weist die Eröffnungsbilanz vom 1. Januar 1924 winzige Ziffern auf, die die Vermögensverluste der Hypothekenbanken von neuem aufdecken. Die Bilanzsumme ist von 433 Mill. der Bilanz 1913 auf 3,7 Mill. M. zurückgegangen, wobei allerdings die gesondert aufgeführte Pfandbriefteilungsmasse von 20,6 Mill. M. beim Vergleich noch hinzuzufügen wäre. Das seit 1913 unverwässerte Aktienkapital von 50 599 200 Mark ist im Verhältnis 15:1 auf 3 373 280 M. zusammengelegt worden. Der Reservefonds ist mit 222 172 M. dotiert, während 1913 die verschiedenen Reserven über 23 Mill. M. betragen hatten. Den 62 000 M. betragenden Kreditoren stehen Debitoren in Höhe von 2 578 000 M. (3,4 Mill.) gegenüber. Weitere Aktivposten: Kasse und Bankguthaben 62 685 M. (9,5 Mill. M.), Wertpapiere 27 730 (5,8 Mill. M. Reichs- und Staatsanleihen), Grundstück 700 000 M. (1,3 Mill.), freie Hypotheken alter Währung 120 000 M. und Beteiligungen 169 000 M. Im verflossenen Geschäftsjahre ist ein Rohgewinn von 189 375 M. erzielt worden, von dem Verwaltungskosten den größten Teil beanspruchen und 28 271 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Bilanz per 31. Dezember 1924 weist gegenüber der Goldbilanz nur geringfügige Veränderungen auf. Es erscheinen auf beiden Seiten neue Goldhypotheken bzw. 8proz. Goldpfandbriefe mit 348 000 M. Kasse und Guthaben bei Banken haben sich auf 316 000 M. erhöht. — Der Stand der Pfandbriefteilungsmasse bietet per 31. Dezember 1924 folgendes Bild. Der Aufwertungsbetrag alter Hypotheken, einschließlich flüssiger Mittel beträgt 20,6 Mill. M. Hiervon ist der Verwaltungskostenbeitrag bereits abgesetzt. Die der Teilungsmasse gegenüberstehenden aufwertungsberechtigten Pfandbriefe belaufen sich auf 300,7 Mill. Mark, von denen 474 000 M. dem Goldwert der nach dem 1. Januar 1918 ausgegebenen Pfandbriefe von nom. 14,67 Mill. M. entsprechen. Nach diesen Ziffern errechnet sich eine Aufwertung für die Pfandbriefe von etwa 6,8 pCt. Ueber die Aufwertung der Kommunalobligationen läßt sich noch kein Anhalt gewinnen. — Im übrigen hören wir, daß sich der Geschäftsgang bei der Bank, die nunmehr wieder das Beleihungs- und Pfandbriefgeschäft in alter Weise pflegt, befriedigend entwickelt hat.

Kapitalseinforderung der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank A.-G. Die Gesellschaft beabsichtigt, wie wir hören, für das abgelaufene erste Geschäftsjahr eine Dividende von 6 pCt. vorzuschlagen. Der Pfandbriefabsatz hat sich im laufenden Jahre soweit gebessert, daß in den ersten beiden Monaten 1 Mill. Gm. untergebracht werden konnten. Angesichts der immer noch geringen Neigung des Publikums zum Erwerb von Hypothekenpfandbriefen beabsichtigt die Gesellschaft, demnächst ein weiteres Viertel des Aktienkapitals einzufordern und mit Hilfe der dadurch verfügbaren Mittel eigene Hypotheken auszugeben.

Gute Entwicklung der Danziger Privatbank. Das Institut erreichte im Geschäftsjahr 1924 — dem ersten nach Inkrafttreten der Guldenwährung — nach Abschreibung von 300 192 Guld. für Steuern, 1 750 676 Guld. für Bankgebäude usw. einen Reingewinn von 528 175 Guld. Hieraus werden 130 000 Guld. an Reservefonds I, 25 000 Guld. an Reservefonds II überwiesen, während der A.-R. 13 913 Guld. Tantieme erhält. Der nach Ausschüttung von 8 pCt. Dividende auf Stamm- und Vorzugsaktien verbleibende Rest von 39 262 Guld. wird vorgetragen. — Gegenüber der Gulden-Eröffnungsbilanz haben sich bemerkenswerte Verschiebungen ergeben. So hat sich der Posten Kasse, fremde Geldsorten mit 800 352 Guld. gegen 413 439 Guld. in der Eröffnungsbilanz fast verdoppelt. Guthaben bei Noten- u. Abrechnungsbanken mit 465 395 Guld. (37 000 Guld.) mehr als verzehnfacht. Wechsel 1 636 135 Guld. (778 214 Guld.) verdoppelt. Die Nostroguthaben erreichen mit 1 598 451 Guld. etwas mehr als die Hälfte der in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen 2 950 940 Guld. Debitoren in laufender Rechnung a) gedeckt 6 346 412 Guld., b) ungedeckt 2 503 356 Guld., stehen Kreditoren a) seitens der Kundschaft bei Dritten 577 185 Guld., b) Guthaben von Banken u. Bankfirmen 923 501 Guld. (727 915 Guld.). Einlagen und sonstige Kreditoren 11 402 958 Guld., davon fällig innerhalb sieben Tagen 8 852 963 Guld., innerhalb sieben Tagen bis drei Monaten 1 527 701 Guld., nach drei Monaten 1 022 293 Guld. Der Status der Bank ist daher als durchaus liquide zu bezeichnen.

Ausdehnung der Deutschen Verkehrs-Kreditbank. Wie wir hören, sind vor kurzem die in den Händen der Württembergischen Vereinsbank und der Rheinischen Creditbank befindlichen Aktienbeteiligungen an der Württembergisch-Badischen Verkehrs-Kreditbank auf die Deutsche Verkehrs-Kreditbank A.-G., Berlin, übergegangen. Die letztere, deren Aktienmehrheit bekanntlich die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft besitzt, wird die Niederlassungen der Württembergisch-Badischen Verkehrs-Kreditbank A.-G., Stuttgart, in Stuttgart und Karlsruhe als Filialen weiterführen.

Die Untersuchung des Status der Banca Italiana di Sconto. Die Sachverständigen, die der Oberste Gerichtshof beauftragt hatte, die Lage der Banca Italiana di Sconto im Jahre 1921 zu prüfen, haben, wie uns aus Rom gemeldet wird, einen Bericht vorgelegt, wonach die Bank am 29. Dezember 1921 nicht gezwungen war, die Zahlungen einzustellen, und die Zahlen des Geschäftsbericht der Bank richtig waren.

Mäßiger Erfolg der Schweizer Anleihe in Amsterdam. Die kürzlich in Amsterdam emittierte 5proz. Schweizer Anleihe von 50 Mill. Fr. hat nur einen mäßigen Erfolg gehabt, da den Zeichnern die gezeichneten Beträge voll zugewiesen wurden. Die Ursache ist in den Diskonterhöhungen in New York und London zu suchen, die in Holland zu der Ansicht geführt haben, daß langfristiges Geld wieder teurer werden wird.

Die österreichischen Anleiheverhandlungen in England. Die „Financial News" melden, daß der Präsident der österreichischen Bundesbahnen, Dr. Georg Günther, die Vorverhandlungen wegen Aufnahme der bereits von uns angekündigten Anleihe von 5 Mill. Pfund für die Elektrifizierung der Bahnen und Vervollständigung des Fahrparks eingeleitet habe. Die Londoner Reise des Präsidenten und Generalsekretärs der Oesterreichischen Nationalbank wie auch die des österreichischen Finanzministers, dessen Eintreffen hier in Bälde erwartet wird, soll mit diesen Verhandlungen im Zusammenhang stehen.

800 Mill. M. finnische Valutaanleihe. Der finnische Reichstag hat seine Genehmigung zu einer Valutaanleihe bis zu 800 Mill. M. gegeben. Das Geld soll teils zum Bau einer Imatra-Kraftstation, teils als Zuschuß für sonstige Bauzwecke verwendet werden.

Die Anleihetilgung der Elektrowerke. Im Prospekt über die Amerika-Anleihe der Elektrowerke, über deren Erfolg wir im heutigen Morgenblatt berichteten, wird mitgeteilt, daß unter gleichen Sicherheiten weitere 5 Mill. Doll. Bonds ausgegeben und nochmals weitere 7½ Mill. Doll. eingetragen werden können, wenn der Reinverienst das Dreifache der Zinsbelastung beträgt. Auch der Tilgungsmodus ist diesmal besonders günstig. Die vertragliche Amortisation beginnt im Jahre 1930, und bis 1950 soll die Hälfte dieser Anleihe amortisiert sein. Ob die andere Hälfte freihändig aufgekauft oder mit eventuellen Anleihen prolongiert wird, ist noch ungeklärt. Die Bonds sollen an der New Yorker Börse eingeführt werden.

Dividenden.

Hallescher Bankverein 10 pCt.

Kühlhaus Centrum 8 pCt. auf 1,3 Mill. M. Aktien.

Preissturz am Produktenmarkt.

Nachdem die innerdeutschen Getreidepreise in den letzten Tagen einigermaßen in Parität mit den Weltmarktnotierungen gekommen waren, übte die gestrige Flaute an den amerikanischen Märkten einen nachhaltigen Eindruck auch auf die Tendenz der hiesigen Produktenpreise aus. Speziell am Markte der Zeitgeschäfte war schon bei Beginn der Börse ein Preissturz festzustellen, der ernsthafte Kreise mit großer Sorge erfüllte.

Wenngleich Roggen im weiteren Verlauf der Börse sich etwas zu erholen vermochte, so bleibt der Preisrückgang immerhin noch groß. Die Preise am Zeitmarktmarkt stellten sich wie folgt: Weizen per Mai 270 M. (– 13 M. gegen gestern), per Juli 267 M. (– 16,50), Roggen per Mai 240 nac h236 M. (– 13 M.), per Juli 233 M. (– 14 M.).

Am Lokomarkt waren die Einbußen nicht ganz so groß. Die Preise, die gefordert wurden, basierten zum großen Teil auf den gestrigen Notierungen und waren infolgedessen nicht durchzusetzen. Handel und Mühlen zeigten wenig Kaufneigung; soweit Abschlüsse bekannt wurden, lagen die Preise etwa 10–12 M. unter dem gestrigen Niveau. Mehl hatte gestern Nachmittag zu gedrückten Preisen noch ziemlich lebhaftes Geschäft zu verzeichnen. Heute war der Markt vollkommen geschäftslos, obwohl die Preise um ¾–1 M. je Sack ermäßigt sind und die zweite Hand auch diese Preise nicht unerheblich unterbietet. Auch für Gerste lagen Offerten zu Preisen vor, die zwar beträchtlich ermäßigt sind, aber der gegenwärtigen Lage noch keineswegs Rechnung tragen. Hafer war gleichfalls zu weichenden Preisen stärker angeboten.

Frühmarkt: Hafer: guter 210–216, mittel 205–209. Gelber Platamais 205. Roggenkleie 145–152.

Rauhfutter: Drahtgepr. Roggenstroh 1,05–1,35, drahtgepr. Haferstroh 0,80–1,15, drahtgepr. Weizenstroh 0,95–1,20, Roggenlangstroh 1,30–1,60, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 1,00–1,25, Häcksel 1,30–1,55, handelsübl. Heu 2,25–2,55, gutes Heu 3,30–3,65, Milizheu 1,80–2,20, Kleeheu —.

Kartoffelnotierung vom 17. März. Weiße: 2,10, rote 2,30, gelbfleischige 3,—.

*

Gegen 2 Uhr wurde an der Produktenbörse die Insolvenz einer Produktenfirma bekannt.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in G.-M.)	17. März	16. März
Elektrolytkupfer wire bars (festgestellt von der Vereinig. f. d. deutsche Elektrolytkupfernotiz)	137,50	137,75
Originalhüttenrohzink (Preis d. Zinkhüttenverb.)	—	—
Notierung d. Berl. Metallbörse: Raffinadekupfer 99–99,3 pCt.	126,00–127,00	127,00–128,00
Originalhüttenweichblei	73,00–74,00	72,25–73,75
Hüttenrohzink, Preis im freien Verkehr	72,00–73,00	72,00–73,00
Remelted Plattenzink	64,00–65,00	64,00–65,00
Originalhüttenaluminium, 98–99 pCt.	235,00–240,00	235,00–240,00
do. do. in Walz- oder Drahtbarren	245,00–250,00	245,00–250,00
Banka-, Strait-, Austral-Zinn	500,00–510,00	505,00–515,00
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	490,00–500,00	495,00–505,00
Reinnickel	340,00–350,00	340,00–350,00
Antimon-Regulus	121,00–123,00	121,00–123,00
Silber in Barren ca. 900 fein für 1 kg.	94,00–95,00	94,00–95,00

*

Magdeburg, 17. März. Zucker. Prompte Lieferung 19¼ bis 19½, März 19¼–19½, April 19¼–19½–19¾, Mai 19¾–20, Juni 19¾–20–20¼, Juli 20¼–20½–20¾.

Ein Reichsverband der deutschen Privatschiffahrt. Die Gründungsversammlung des Reichsverbandes der deutschen Privatschiffahrt am 16. d. M. beschloß einstimmig, den Reichsverband der deutschen Privatschiffahrt mit dem Sitze in Berlin ins Leben zu rufen. Der Verband soll dazu dienen, den in Not geratenen Privatschiffern und Schiffahrtsunternehmungen Kredite zu erwerben.

Deutsche Kohlen für die italienische Staatsbahn. Zwischen der Ruhrkohle A.-G. und der italienischen Staatseisenbahn ist, lt. „Industrie-Kurier", ein Vertrag abgeschlossen worden, nach dem die italienische Staatseisenbahn jährlich ca. 2 Mill. Tonnen abnimmt. Der Vertrag ist beiden Regierungen zur Genehmigung vorgelegt worden, und es besteht begründete Aussicht, daß der Vertrag genehmigt werden wird.

Saarländische Preiskonvention für Kohlen-Nebenprodukte. Die Kette der Preiskonventionen, die mit den Verhandlungen über französische, belgische, luxemburgische (und ev. saarländische) Mindestpreise für Thomasmehl ihren Anfang nahmen, ist um ein Glied reicher geworden, nachdem die Saarlandwerke auch Mindestpreise für den Verkauf sämtlicher Nebenprodukte, wie schwefelsaures Ammoniak, Rohteer, Benzol, Thomasmehl usw., festgesetzt haben. Ebenso ist auch eine Einschränkung des Verkaufs vorgesehen, beispielsweise für Benzolprodukte verschiedenster Art, wie Rohteer und Handelsbenzol (90 pCt.). Die Nachfrage nach schwefelsaurem Ammoniak hat ebenfalls zugenommen, und angesichts der Beschränkung der zum Export zugelassenen Ware wird dafür als Preis 105–108 Fr. verlangt. Auch die Thomasmehlpreise gehen bei knappem Material weiter in die Höhe, und die Werke zeigen keine Neigung, für Lieferung Juni-Juli viel abzugeben. Preis für Juni-Juli 1,15–1,20 Fr. belg. Die Saarlandwerke sollen fortab monatlich zusammenkommen, um sich besonders über die jeweiligen Preissätze zu verständigen.

Zuckerfabrik Fraustadt. Die Abschlußbilanz per 31. August 1924 weist einen Ueberschuß von 82 741 Bill. M. aus, woraus 3 M. Dividende je Aktie verteilt werden sollen. Der Rest von 28 741 Bill. M. wird in der Reichsmarkeröffnungsbilanz zur Verrechnung gelangen. Die gleichzeitig vorgelegte Reichsmarkeröffnungsbilanz weist ein Reinvermögen von 1 980 000 Rm., das eine Umstellung des Kapitals von 18 Mill. Pm. auf 1,8 Mill. Rm. erforderlich macht. Restliche 180 000 Rm. werden als Umstellungsreserve verbucht. In der Bilanz stehen u. a. zu Buche Grundstücke (in Klammern die Werte von 1914) mit 132 000 Rm. (17 000 M.), Gebäude und Anlagen 754 000 Rm. (100 000 M.), Maschinen 622 000 Rm. (130 000 M.), Gut 310 000 Rm. (389 208 M.), Wertpapiere und Beteiligungen 195 979 Rm. (1 654 692 M.), Schuldner einschl. Bankguthaben 547 528 Rm. (2 398 234 M.), Bestände 732 288 Rm. (748 369 M.). Dagegen Kapital 1,8 Mill. Rm. (1,8 Mill. M.), Akzepte 104 750 Rm. (2 213 165 M.), Gläubiger 1 065 339 Rm. (657 602 M.).

8 pCt. Dividende bei sehr starken Abschreibungen. Die Nestle Anglo-Swiss Condensed Milk Company in Vevey schließt das Geschäftsjahr 1924 mit einem Reingewinn von 19 505 677 Fr. (G.-V. 19 280 581 Fr.). Mit dem Saldo aus 1923 stehen zur Verfügung der G.-V. 18 233 952 Fr. Der Verwaltungsrat beantragt 10 Mill. Fr. für Abschreibungen auf Beteiligungen, 4 Mill. Fr. zur Auszahlung der 8proz. Dividende für das zweite Halbjahr 1923 und für das erste Halbjahr 1924 auf das Vorzugs-Aktienkapital von 2 Mill. Pfd. Sterl. zu verwenden. Ferner 2 Mill. Fr. dem Verwaltungsrat für die Dividende des zweiten Halbjahrs 24 auf das Vorz.-Akt.-Kapital zur Verfügung zu stellen. 2 234 000 Fr. sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Verstaatlichung der Steaua Romana. Der rumäniche Handels- und Industrieminister hat sich vor Pressevertretern über die Verständigung zwischen der Regierung und der Steaua Romana geäußert. Durch diesen Schritt ist das erst in deutschen, zuletzt in französischen Händen befindliche größte Petroleumunternehmen Rumäniens nationalisiert worden. Die Nationalisierung wird sich derart vollziehen, daß der rumänische Staat 75 000 Aktien erwerben wird, wodurch das rumänische Kapital die Majorität erreicht. Die bisher beteiligten Banken werden im Verhältnisse ihrer Aktien vom Jahre 1921 um etwa 800 000 Lei entlastet und erhalten für die Tilgung ihrer Restschuld einen zwanzigjährigen Termin zu einem 6½proz. Zinsfuß. Diese Regelung wird in Finanzkreisen als ein durch staatliche Intervention zustande gekommenes Moratorium angesehen.

Italienische Beteiligung an der Frankfurter Messe. Den sehr zahlreichen französischen Ausstellern, welche die Frankfurter Frühjahrsmesse beschicken werden, entspricht, nach einer Drahtmeldung unseres Frankfurter Mitarbeiters, eine ebenso hohe Zahl von italienischen Firmen, die auf der Messe ihre Erzeugnisse anbieten werden. Es handelt sich hier in der Hauptsache um die neu eingerichtete Gruppe der Lebensmittel- und um die italenischen Industrie-Erzeugnisse. Das Reisebüro Riboni in Mailand wird eine Gesellschaftsreise von Italien nach Frankfurt zur Messe organisieren.

Weiterer Verlauf der Börse.

Unter den amtlich notierten Kolonialwerten waren Neu-Guinea nach der gestrigen starken Steigerung stärker angeboten und büßten 28 pCt ein.

Die gegen Schluß des amtlichen Verkehrs wieder aufgetretene leichte Besserung des Kursniveaus konnte bis gegen Schluß des amtlichen Verkehrs andauern, ohne daß das Geschäft selbst irgendeine bemerkenswerte Belebung erfuhr. Kriegsanleihe auf Deckungskäufe hin wieder etwas fester. Sie wurde gegen 2 Uhr mit 0,705 umgesetzt.

Im Gegensatz zu den Vortagen verkehrte auch der Kassamarkt in schwächerer Haltung, nachdem allerdings schon gestern sich leichte Anzeichen einer rückläufigen Bewegung geltend gemacht hatten. U. a. verloren heute: Verkehrswesen 5, Düsseldorfer Maschinen 4¼, Deutsche Schachtbau 4¾, Grevenbroich 4, Chem. Gelsenkirchen 4½, Gebrüder Krüger 2⅞, Alfeld Gronau 3, ferner Caroline, Habermann u. Guckes und Friedrichshall Kali je 2, dagegen gewannen Heckmann 2⅞, Annaburger Steingut 1¾.

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse. Weizen, loko, märk. 251—255, Mai 270—272½—269, Juli 267—272—269. Tendenz: flau. — Roggen, loko, märk. 232—234, April 230½—232, Mai 236—240—237, Juli 235—237—235. Tendenz: flau. — Sommergerste 225—248, Winter- und Futtergerste 205—223. Tendenz: flau. — Hafer, loko, märk. 182—187, April 181, Mai 180—182¾—187. Tendenz: flau. — Mais, loko Berlin 200. Tendenz: matt. — Weizenmehl 32,50—35,25. Tendenz: flau. — Roggenmehl 31,75—34,25. Tendenz flau.

Weizenkleie 14,00, Roggenkleie 14,00—14,10, stetig; Raps 390,00 still; Viktoriaerbsen 24,00—29,00, kl. Speiseerbsen 19,00—21,00, Futtererbsen 18,00—19,00, Peluschken 18,00—19,00, Ackerbohnen 18,50 bis 19,50, Wicken 18,50—20,00, blaue Lupinen 12,00—13,50, gelbe Lupinen 14,00—15,50, Serradelle, neue 14,00—16,00, Rapskuchen 16,50 bis 16,70, Leinkuchen 22,00, Trockenschnitzel 9,40—9,65, Torfmelasse 9,00, Kartoffelflocken 18,80—19,10.

Die amerikanische Ausfuhr im Februar stark gesunken. Der amerikanische Außenhandel im Februar 1925 ergibt folgendes Bild: Eingeführt wurden insgesamt für 334 000 000 Dollar, hiervon entfielen auf die Goldeinfuhr 3 231 000 Dollar, und den Silberimport 4 627 000 Dollar. Die Gesamtausfuhr betrug 373 000 000 Dollar, Gold 50 578 000, Silber 6 802 000 Dollar. Die Vergleichsziffern betragen für Januar 1925: Ausfuhr 477 000 000 Dollar, davon Gold 73 489 000 und Silber 11 308 000 Dollar; Einfuhr: 346 000 000 Dollar, davon Gold 4 223 000 und Silber 7 304 000 Dollar, und für Februar 1924: Ausfuhr 367 000 000 Dollar, davon Gold 505 000 und Silber 8 877 000 Dollar; Einfuhr 335 000 000 Dollar, davon Gold 35 111 000, und Silber 7 900 000 Dollar.

Fortlaufende amtliche Notierungen.

Festverz. Werte			Einh.-Kurs heute	vor
Dt. Doll.-Sch.			91.90	92,20
Dt. Schatz 16				
N-V		0,62	0,62	0,65
do. 5-9 Agio		0,59-0,60	0,58	0,605
[illegible]				

Amtliche Kurse der Berliner Börse

vom 17. März 1925

[illegible]

Deutsche Staats-Anl.

[illegible]

Preuß. Pfandbriefe

[illegible]

Wertbeständige Anl.

[illegible]

Ausländ. Anleihen

[illegible]

Ausl. Eisenb.-Oblig.

[illegible]

Deutsche Eisenb.-Akt.

[illegible]

Kleinbahn-Aktien

[illegible]

Hypoth.-Pfandbriefe Vor 1. Jan. 1918 ausgeg.

[illegible]

Schiffahrts-Aktien

[illegible]

Bank-Aktien

[illegible]

Brauereien

[illegible]

Industrie-Aktien

[illegible]

		heute	vor
Wrede Mälz	Go	111,00	111,50
Wunderl.&Co.	0	16,75	—
Wurz.Kunst.	Go	83,25	82,75
Zeitz.Masch	Go	149,00	148,00
Zellst.-Ver	Go	—	73,00
Zellst.WaldhVz.	0	4,50	4,50
Zwickau Ma	Go	84,13	84,00

Kolonial-Werte.

		heute	vor
Dt. Ostafrika	—	9,63	10,70
Kam Eisb.-A L.B.		15,5	16,50
Neu-Guinea	Go	315,00	343,00
Ostafr Eb AG.i.L.		21,00	21,90
*Harp.(cnv.B.) 7			126,00